INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts
2,50 DM

An die Schwankenden

Du sagst:
Es steht schlecht um unsere Sache
Die Finsternis nimmt zu. Die Kräfte nehmen ab.
Jetzt nachdem wir so viele Jahre gearbeitet haben
Sind wir in schwierigerer Lage als am Anfang.

Der Feind steht stärker da denn jemals.
Seine Kräfte scheinen gewachsen. Er hat ein
Unbesiegliches Aussehen angenommen
Wir aber haben Fehler gemacht, es ist nicht zu leugnen.
Unsere Zahl schwindet hin.
Unsere Parolen sind in Unordnung.
Einen Teil unserer Wörter
Hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.

Was ist falsch von dem, was wir gesagt haben
Einiges oder alles?
Auf wen rechnen wir noch? Sind wir Übriggebliebene, herausgeschleudert
Aus dem Lebendigen Fluß? Werden wir zurückbleiben
Keinen mehr verstehend und von keinem verstanden?

Müssen wir Glück haben?

So fragst du. Erwarte
Keine andere Antwort als die Deine!

Nr. 113

16. August 1990

Vorwort:

Zuerst zur letzten Nummer: die ganzen Infos im Vorwort zu Andy Semisch und der Veranstaltung sind nicht richtig; wir hoffen, daß wir in der nächsten Nummer mehr dazu sagen können und erwarten, daß die Leute, die diese Informationen zu verantworten haben diese Verantwortung auch übernehmen und nicht uns den schwarzen Peter zuschieben. Im Übrigen sind wir sauer über das Papier, das wir erhielten.

Dann ist uns noch ein "faux paux" (hoffentlich ist das so richtig geschrieben) im Inhaltsverzeichnis passiert: das "unabhängige Antifa-Plenum" ist natürlich Berlin-weit geplant und nicht nur für Neukölln. Dort ist nur die Kontaktadresse für InteressentInnen: JAN (UAP), c/o Lunte, Weisestr. 53 in 1/44.

Zu diesem Heft: da anscheinend doch eine ganze Menge Leute die TAZ nicht mehr lesen haben wir die Erklärung der RAF zum Anschlag auf Neusel nun abgedruckt.

Wie auch immer - in der augenblicklichen schwül-warmen Luft sehnen sich unsere Gedanken mehr nach einem kühlen getränk als uns jetzt noch stundenlang "kluge" Ideen für ein Vorwort abzubrechen. Also bis denne, ...

Briefe, Beschwerden und Bestellungen wie immer an: Interim
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

P.S.: Und denkt bitte dran, daß die Interim im Sommer nur 14tägig erscheint - also am 30.August und am 13.September.

Inhalt:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Zwischenspiel im Ost-Berliner Häuserrat

aus telegraph 13/6.8.90

Im siebenten Monat befindet er sich, der Ost-Berliner Häuserrat. Zeit für ein Zwischenresüme.

Im Januar waren es erst wenige besetzte Häuser, hauptsächlich in Prenzlauer Berg, denen klar war, dass nur ein Zusammenhalt untereinander die nötige starke Position gegenüber KWV und Magistrat schafft. Allwöchentlich traf Mann/Frau sich, tauschte Informationen aus, überlegte gemeinsame Aktionen, diskutierte Positionen.

Es war hauptsächlich als informelles Gremium gedacht, ohne Entscheidungsbefugnis, ohne Weisungsrecht gegenüber den Häusern. Das hatte zwar den Haken, dass Aktions- und Verhaltensvorschläge immer erst in die Häuser getragen wurden und nach dortiger Diskussion zurück zum Besetzerrat kamen, also ein kurzfristiges Handeln sehr schwer war, aber konnte so Zentralrat-Allüren und eine Verselbständigung des BesetzerInnenrates ausgeschlossen werden. Schon in den Anfängen der Besetzungen stiessen Leute aus Westberlin hinzu, besetzten als Ost-West-Projekte z. B. die Kastanienallee 85/86, die Prenzlauer Allee 203/204 oder die Köpenicker 137. Sie passten sich schnell den Verhältnissen des Ostens an und versuchten in diesen Beonderheiten klar zu kommen. Dann kamen die ersten reinen Westbesetzungen, z.B. Adalbertstrasse. Auch hier erfolgte eine Annäherung an die OstberlinerInnen vorsichtig und weitgehend solidarisch. In dieser Zeit wurde immer klarer, dass die meisten Häuser mit ihren individuellen Verhandlungen nicht vorankamen ("telegraph" Nr. 10). Ende Februar/Anfang März kam dann als Problem die immer stärker werdenen Bedrohungen der Häuser durch Faschos und Fussball-Hooligans dazu. An diesem Punkt übernahm der Häuserrat erstmals koordinierenden Charakter: Häuserschutz, Fahrwachen, etc.. Am 17. März kam es nach dem Fussballspiel BFC-Energie Cottbus zum ersten massiven Angriff mehrerer hundert Nazi-Skins und Fussball-Hools auf das besetzte Haus Schönhauser Allee 20/21. Erstmals stiessen sie aber auch auf organisierte Gegenwehr ("telegraph" Nr. 6). In dieser Zeit bekamen die Hausbesetzungen dann eine völlig neue Dimension. In der Kreutziger Str. besetzte eine Gruppe Ostberliner die Nr. 22 in der fast vollständig leeren Häuserzeile der Strasse. Dies war die Reaktion auf Aktivitäten westlicher Spekulanten, Zugriff zu DDR-Bausubstanz zu gelangen. ("telegraph" Nr. 5,).

Da diesem Beispiel erst einmal keine weiteren Besetzungen folgten, kam es zu einem Aufruf von Ost- und Westberliner Autonomen und den Besetzern der Kreutziger 22, für massive Besetzungen in diesem Gebiet. In den nächsten Wochen erfolgte Massenbesetzung in der Kreutziger und der Mainzer Strasse. Die Hoffnungen der Aufrufer, weitere Ost-Westbesetzungen zu initiieren, wurden nicht erfüllt. Die Massenbesetzung wurde bis auf ein zweites Haus in der Kreutziger Strasse in beiden Strassen nur von Westberlinern getragen. Das leitete auch eine neue Phase im Besetzerrat ein. Die informellen Strukturen veränderten sich immer mehr in organisatorische.

Der Anteil westberliner VertreterInnen im BesetzerInnenrat nahm sprunghaft zu. Im April kam es zu organisierten Aktionen gegen die Kommunale Wohnungsverwaltungen, Stadtbezirksräte, zu Gesamtforderungen und -verhandlungen, Kurzbesetzung der Stadtbezirksräte. Der Initiator war der BesetzerInnenrat. Der Druck war gross und die Behörden mussten einlenken. ("telegraph" Nr. 10). Als aber die Behörden bald darauf wieder zu Verschleppungen übergingen, schlugen die BesetzerInnen eine neue Taktik ein. Das Vertragsgremium entstand. Zusammen mit Rechtsanwälten wurde ein Rahmenvertragsentwurf der Häuser verfasst und an den Komunen vorbei zentrale Verhandlungen mit dem neuen Magistrat begonnen. Der BesetzerInnenrat nahm neue Gestalt an. Immer mehr Menschen kamen aus dem Westteil der Stadt und besetzten massenhaft Häuser im Ostteil.

Das blieb im Häuserrat nicht ohne Auswirkung. Das Verhältnis Ost-West kippte um. Viele OstberlinerInnen zogen sich entnervt zurück und gingen zu Einzelverhandlungen und -Verträgen über. Dazu zählten auch Erstaktivisten wie die Schönhauser Allee 20/21. Die Dominanz der WestberlinerInnen nahm zu. Das Vertragsgremium koppelte sich auf Betreiben vieler WestberlinerInnen vom Besetzerrat ab. Sein Einfluss auf dieses Gremium war damit Null.

Es besteht mittlerweile die Gefahr, dass sich der Häuserrat instrumentalisiert und bürokratisiert. Grund für diese Befürchtungen sind Forderungen vieler neu hinzugekommener BesetzerInnen nach Strukturen, weiteren "festen" Arbeitsgruppen, Delegiertenprinzip, Besetzerrat als entscheidungsbefugtes übergeordnetes Ratsgremium, Schaffung von SprecherInnen und SchriftführerInnen. Für neu hinzukommende Häuser soll Bedingung der Teilnahme am Besetzerrat bzw. Vertragsgremium eine volle diskussionslose Akzeptanz des bisher Beschlossenen sein.

Erstaunlich ist nur, dass diese Forderungen hauptsächlich von WestberlinerInnen kommen, obwohl doch gerade diese aus autonomen Positionen heraus, also dezentralen, selbstbestimmten, selbstorganisierten Lebens- und Kampfformen und Ablehnung zentraler und hierachischer Strukturen, derartige Dinge ablehnen. Bei vielen OstberlinerInnen stossen diese Töne auf Grausen und lassen dunkelste Erinnerungen von 40 Jahren DDR wach werden. Noch ist hierbei das letzte Wort nicht gesprochen. Eins ist jedoch gewiss. Genau das wird der Knackpunkt sein, an dem sich festmacht, ob die WestberlinerInnen in nächster Zukunft im BesetzerInnenrat ganz alleine sind. Ostberliner VertreterInnen sind im Häuserrat schon jetzt mit der Lupe suchen. d.w.

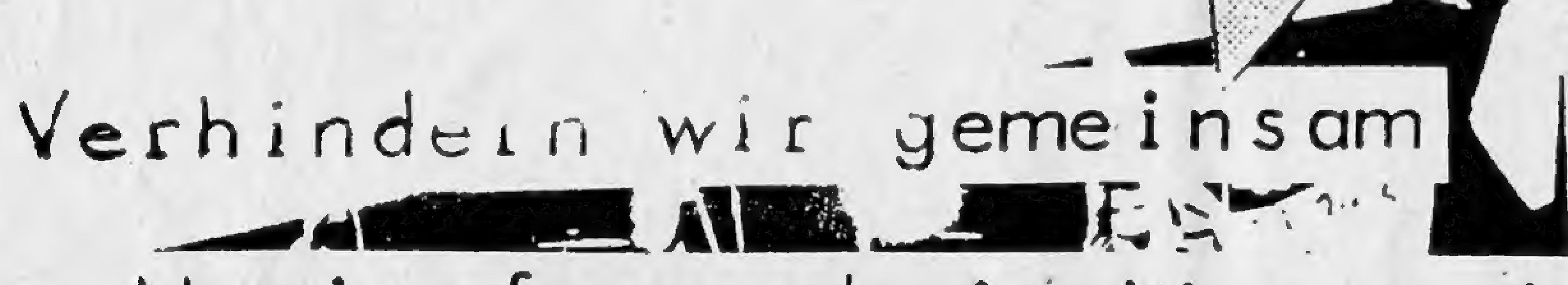
BOMBENDROHUNG UND FASCHISTISCHE SCHMIEREREIEN IN NÜRNBERG

Am Mittwoch, 25. Juli, ging im KOMM eine Bombendrohung ein. Dort beschäftigen sich intensiv seit 2 Monaten einige Menschen mit dem Faschistenaufmarsch in Wunsiedel anläßlich des Todestages des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess. Zur selben Zeit fand im Komm eine Ausstellung über faschistische Organisationen statt.



Dies ist die zweite Provokation innerhalb einer Woche. In der Nacht vom 21. auf den 22. Juli wurde das Reichsparteitagsgelände mit faschistischen Schmierereien übersät. ("Jude verrecke", "Hängt Galinski an der Synagoge auf", "Rotfront verrecke", "Rache für Rudolf Hess"). Bombendrohung und Schmiereien wurden von der Lokalpresse totgeschwiegen.

Die Spur dieser Provokationen führt eindeutig nach Wunsiedel. Am 17.8.90 jährt sich der Todestag des ehemaligen Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Hess zum dritten Mal. Ebenfalls zum 3. Mal wollen am 18.8. sämtliche Alt- und Neonazis (FAP, NF, NL, Wiking-Jugend) einen Bekenntnismarsch für dessen faschistische Ideologie in Wunsiedel durchführen. Aufgrund der veränderten Situation (Annexion der DDR) könnte dies der größte Naziaufmarsch seit Jahren werden.
Parolen und Bombendrohung geben uns recht.
Nationalismus, Rassismus und Sexismus haben Hochkonjunktur. Die faschistischen Horden marschieren wieder. Während die Presse schweigt, schützen deutsche Polizisten die Faschisten und ihre Aufmärsche. Abhilfe können nur wir selber schaffen. Lassen wir uns nicht einschüchtern!



Verhindern wir gemeinsam den Naziaufmarsch in Wunsiedel!

Für eine kämpferische - phantasievolle - entschlossene

DEMO am 18. August 90 in Wunsiedel

Antifaplenum Nbg., Antifaschistische Aktion

V.i.S.d.P. J. Müller, München

Vorbereitungsgruppe zu Wunsiedel
PLK 050259 D, 8500 Nürnberg 1

Protokoll vom II. überregionalen Plenum für Wunsiedel

Anwesend: Grafing, München, Fürth, Bonn, Schwandorf, Regensburg, Berlin-West, Gießen, Oberschwaben, Ingolstadt, Rosenheim, Freiburg, Coburg, Würzburg, Wunsiedel, Erlangen, Suhl, Nürnberg. Entschuldigt hatten sich Karlsruhe u. Stuttgart, zu spät gekommen sind Köln und Baden-Baden.

Rückmeldungen gabs aus der ganzen BRD und der DDR. Einige Orte die wir noch vermißten, werden angesprochen oder besucht. Redebeiträge auf der Kundgebung bis zum 31.7.90: VVN, AK Wunsiedel, Antifas aus Halle, Fantifa Nbg. event. Vorbereitungsgruppe-

Infos aus Wunsiedel:
- viele Kneipen haben am 18.8. dicht, deshalb schlechte Treffpunkte.
- am gleichen Abend findet in WUN irgend so ein Festspiel statt (Wagnermäßig)
- die Faschos mobilisieren sehr breit, bundesweit und aus "überseeischen Gebieten"(?!) Aufrufen tut NL, NO (Nationale Offensive), Kameradschadt Rudolf Hess. Sie mobilisieren bereits für 16.00 (Offiziell 16.30h) und wollen den "roten Horden Ordnung beibringen"

Zu unserer Mobilisierung

Klare Einschätzung ist schwierig. Die Resonanz und die Beteiligung ist von Stadt zu Stadt verschieden (wir freuen uns aber, das sich immer mehr Gruppen aus den Metropolen melden!) In einigen Städten kommen Bündnisse zustande, in anderen beteiligen sich nur Autonome Gruppen bzw. Antifas. Die Stimmung ist unsicher, einige befürchten eine derbe Auseinandersetzung mit Faschos und Bullen und zögern deshalb, andere wiederum befürchten eine zu "friedliche" Demo. Die Beteiligung von Menschen aus der DDR wird ziemlich hoch werden!! Eine Gesamteinschätzung können wir noch nicht abgeben, da täglich Post bei uns ankommt und das Interesse immer größer wird.
In einigen Regionalradios gabs Sendungen zu Wunyiedel. In der TAZ soll demnächst ein größerer Artikel erscheinen. Gut wärs wenn ihr in Regionalzeitungen und der taz-wiese kleinanzeigen aufgeben könntet.
2 Video-Gruppen von "uns" werden filmen, bringt bitte aber auch Menschen mit die Fotos machen!
Demoauflagen wie üblich, der Lautsprecherwagen soll angeblich nur 18 Watt haben dürfen "Die Versammlugsleiterin soll darauf hinweisen, das.... vermummte in Aufmachung kommende und gewaltbereite Personen die Versammlung zu verlassen haben" (nur mal so ein Beispiel) Demoaufstellung : AK Wunsiedel, dann Revo-Block, dann alle anderen.
Der Lautsprecherwagen wird von Wunsiederinnen und aus unserem Spedktrum besetzt.
EA steht, Sanis kommen (bitte auch eigene mitbringen!) Konkrete Sachen zum Vorgehen in Wunsiedel wurden von Städtedelegierten intern besprochen
Sonst noch : In Nbg. fetzen die Bullen unsere Plakate ab! Und bei Euch ???
Plakate und Flugis sind inzwischen ein paar mal ausgegangen, deswegen konnten wir nicht überall die gew. Anzahl hinschicken, also kopieren, sprühen gehen, Wandzeitungen machen
Am 18.8. dient das Komm, Nbg. als Anlaufadresse.(Schlafsäcke !) Plenum am 17.8. ab 20.00 Uhr. Leut e die hier übernachten wollen, früher kommen oder sonst was bitte anmelden!!! Telefon ab 6.8. täglich besetzt. Aktuelle Infos gibts auch übers Info-Telefon 04221/17815 Ab Nbg. fahren am 18.8. Busse nach Wunsiedel.
Mehr fällt uns jetzt nicht mehr ein (Hitze, Schwitz usw.) Geld haben wir inzwischen weniger als keins!!!

Ko. : Schmidt Bank, Nbg. BLZ 76030070 Kt. Nr. 010832718 S. Luther

Tel: 0911/226598

P.S. (oder so) Nicht kopiert und verschickt haben wir Aufrufe aus anderen Städten, Auflagenbescheid, Anfragen Landratsamt Wunsiedel, Faschoaufrufe, Stadtpläne halt praktisch nichts. falls irgendwelche Menschen mehr Infos brauchen, bitte noch mal kurz melden!

Zum Vorbereitungstreffen der geplanten bundesweiten Demo am 3.11.1990 in Berlin - Aufruf der "Radikalen Linken" - Warum, was ,wann, wo etc... 6.8.'90

Klar wurde von der "Vorbereitungsgruppe" * ganz zu Anfang gesagt, daß das mit dem ursprünglich geplanten Termin der Demo am 9.11.1990 wohl nix wird. Begründung für eine Verlegung der Demo auf den 3.11. ist, daß regional in vielen Städten gerade am besagten Wochenende 9./10./11.11. verschiedenste Aktivitätenlaufen werden (von verschiedensten Seiten...) und daß eine Mobilisierung dann wohl nur sehr schwer möglich wäre (fraglich auch inwieweit sie sinnig wäre, wenn gerade an diesem Wochenende viele "ihre Szene" verlasen würden.)

Außerdem sind Aktionstage im Gespräch. Konkrete Vorstellungen gab's zu denen zwar noch nicht, aber eine ausführliche Veranstaltung zu der wirtschaftlichen Situation der Polen hier und in Polen ist in Planung, ebenso soll's 'ne Menge Musik mit ausländischen Gruppen geben.

So weit, so klar. Gar nicht mehr klar war, warum unter Umständen (?) noch zum selben Termin (also zum 3.11.) zu einer von Frauenzusammenhängen organisierten ebenfalls bundesweiten,aber letztlich als gemischt stattfindenden Demo mobilisiert werden soll (Ort hab' ich nicht genau mitgekriegt, Bonn oder so...). Jedenfalls war keine der Frauen anwesend, die diese Demo vorbereiten wollen, deshalb war auch nicht genau zu erfahren,was für diese inhaltlich geplant ist (das soll aber wohl am 26.8. bekannt gegeben werden, da trifft sich nämlich die erweiterte Vorbereitungsgruppe der §218-Demo in Bonn um 11 Uhr im Haus der Demokratie in Ost-Berlin).
Nach diesem Organisationskram ging's dann um den (möglichen) inhaltlichen Schwerpunkt der Demo und dabei zunächst um die Frage des Mottos: "Nie wieder Deutschland" und "9.11.'38-9.11.89 Wer feiert in Deutschland?". Jetzt wird's schwierig mit dem Zusammenfassen, denn nun setzten ellenlange Reden über "faschistische Kontinuitäten" ,zerstörte Hoffnungen hinsichtlich eines Neuanfangs in der DDR, großdeutsche ,kapitalistische Interessen etc ein, gehalten von m.E. überwiegend profilneurotischen Halbpolitprofis,die in ihren Parteien scheinbar nie genug Redezeit bekommen. Aber neben all diesem stark persönlich angehauchten Politgeschwafel gab's auch ,wie ich fand, weiterbringende Ansätze (wie z.b. die Frage, ob ein Nebeneinandersetzen derzwei Daten nicht doch zu "platt" sei oder aber wenn schon eine Gleichsetzung dann eher 9.11.'38-9.11.'90, da Entwicklungen eigentlich erst jetzt ein Jahr nach der Maueröffnung richtig einzuschätzen sind u.a.).
Als Streitpunkt kristallisierte sich letztlich heraus, ob die Demo einen eher "besinnlichen" sprich,"wir dürfen nicht vergessen"- Charakter haben sollte nach dem Motto: "Der Tod darf nie wieder ein Meister aus Deutschland sein" oder aber, ob der Schwerpunkt auch auf all den Problemen liegen sollte,

die durch "großdeutsche Politik" bereits verschärft worden sind oder aber in absehbarer Zeit verschärft werden(wie Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit, Umstrukturierung, Asyl-und Ausländerpolitik etc..). Wobei natürlich klar sein soll,daß letztere Themen auch bei einer eher "besinnlichen" Demo im "Hinterkopf" sind, der Schwerpunkt aber eben darauf liegen würde, der besonderen deutschen nationalsozialistischen Geschichte zu "gedenken", deren Ende nun von vielen besiegelt und gefweiert werden will,und dieser Verdrängung eine Mahnung entgegenzusetzen.

Nicht zu übersehen war bei dieser Argumentation aber auch der Wunsch das Nicht-Vergessen im allgemeinen Siegestaumel des Kapitalismus zur "historischen Aufgabe" der Linken zu machen, was zu ihrer Prestigerettung beitragen könnte und wenn schon nicht zur politischen dann wenigstens zur moralischen Macht!

Mir war nach diesem Abend zumindest klar, daß eine inhaltliche Bestimmung der Demo in die eine oder andere Richtung sehr wichtig, aber wohl auch ausgesprochen schwierig sein dürfte, da beide Richtungen die Gefahr beinhalten, die Demo "breiig" werden zu lassen; die eine wegen der Breite der Themen, die andere wegen der Abgrenzung zu dem sonstigen zu erwartenden "Gedenk-Bla Bla", dessen Motto ebenso gut sein könnte: "Der Tod darf kein Meister aus Deutschland mehr sein".

Sinn und Zweck dieser (subjektiven) Zusammenfassung soll es jedenfalls sein, die Diskussion über den 9.11.90 und die Zeit drumherum und unsere möglichen und gewollten Aktivitäten anzuregen.
Bei mir/uns sind auf jeden Fall noch reichlich Fragen offen!!

Eine Frau aus autonomem ♀♀-Zusammenhang

---

* Zusammensetzung u.a.: ÖkosozialistInnen, jüdische Schwulen- und Lesbengruppe West-Berlin , Asta FU etc. ist noch beliebig zu erweitern...Außerdem saßen da noch Vertreter politisch organisierter Gruppen wie: SI,PDS,FDJ, JuSo... herum und Vertreterinnen des Internat. Plenums und sonstige Interessierte halt. Daß so wenig ausländische GruppenvertreterInnen dawaren, lag an dem schlecht gewählten Treffpunkt (Türkenzentrum Schinkestr.), wie ein Vertreter einer arabischen Gruppe zutreffend erklärte.

Nächstes Treffen der Vorbereitungsgruppe ist in Frankfurt am 12.8.



ERKLÄRUNG DER RAF ZUM ANSCHLAG AUF NEUSEL

"menschen, die sich weigern, den kampf zu beenden - sie gewinnen entweder oder sie sterben, anstatt zu verlieren und zu sterben" (aus dem letzten brief von holger meins)

josé manuel sevillano ist tot. er wurde im mai nach 177 tagen hungerstreik von der spanischen regierung ermordet.

die gefangenen genossinnen und genossen aus GRAPO und PCE(r) kämpfen seit 8 monaten mit einem harten und langen streik für ihre wiederzusammenlegung. sie müssen mit ihrer forderung durchkommen, und sie brauchen dafür die solidarität und die initiative von allen, denen es ernst ist mit radikaler veränderung und dem kampf für eine menschliche gesellschaft.

der spanische staat setzt bisher gegen die gefangenen die harte haltung und folter durch. bei ihm liegt die verantwortung und entscheidung, aber die richtlinien dafür werden in westeuropäischen- und nato-gremien festgelegt, und deshalb ist die brd als führende europäische macht genauso für den tod von josé manuel sevillano verantwortlich.
am 27.7.90 haben wir mit dem "kommando josé manuel sevillano" den aufstandsbekämpfungs-experten hans neusel, staatssekretär im bonner innenministerium, angegriffen.
wir haben das militärische ziel der aktion verfehlt - die explosion sollte seinen sicheren tod aber auch den hundertprozentigen schutz unbeteiligter gewährleisten. in dieser spanne haben wir die sprengstoffmenge zu niedrig berechnet.
wir wollten neusel für seine verbrechen zur verantwortung ziehen. er organisiert und führt den krieg gegen alle, die für befreiung, selbstbestimmung und ein menschenwürdiges leben und gegen die zerstörung, die von diesem system ausgeht, kämpfen.
neusel ist seit 85 treibende kraft bei vielen trevi-treffen, von ihm gingen zahlreiche initiativen zur intensivierung und vereinheitlichung der westeuropäischen aufstandsbekämpfung und menschenverachtenden flüchtlingspolitik aus. daß sich seit 87 "terrorismus-experten" der weltwirtschafts-gipfel-staaten" regelmäßig treffen, geht auf die initiative neusels und des französischen innenministeriums zurück.

in allen krisenstäben, die mit widerstandsbekämpfung zu tun haben (ob wegen der entführung von managern deutscher multis im libanon, koordinierung der fahndung nach aktionen von uns ...) und den geheimdienstausschüssen der regierung ist neusel entweder mitglied, oft auch vorsitzender.

im frühjahr 89, als die gefangenen hier im hungerstreik waren, um ihre zusammenlegung zu erkämpfen, war neusel (vor der ernennung von schäuble zum innenminister) faktisch chef des ministeriums - zimmermann hatte sich schon lange vorher inoffiziell aus dieser funktion verabschiedet.

in dieser zeit puschte das innenministerium offensiv die parole: "der staat darf sich nicht von diesen gefangenen erpressen lassen."

bei treffen von vertretern länder-justizministerien war neusel dabei, um dort die linie des innenministeriums zu vertreten.
im zusammenhang mit dem hungerstreik hier, war von anfang an klar: solange die harte haltung der regierung nicht durch den kampf der gefangenen und all derer, die die durchsetzung der forderung nach zusammenlegung zu ihrer eigenen sache gemacht hatten, gebrochen ist, solange ist neusel teil der fraktion, die über leichen unserer genossinnen und genossen gehen will.

die eisenharte nato-linie vertritt neusel für die bundesregierung aktuell in dem angriff der westeuropäischen bestie gegen die gefangenen revolutionäre in spanien.
neusel verkörpert - wenn auch indirekt - die personelle kontinuität des deutschen faschismus vom 3.reich zum "großdeutschland", das auf das 4.reich zusteuert.
er hat seine politische karriere über viele jahre an der seite von alt-nazi und ex-bundespräsident carstens gemacht und formuliert auch öffentlich seine faschsitischen gedanken und ideen ohne jeden versuch einer schein-demokratischen ummäntelung.

als es 87 um die aufnahme von 14 chilenischen gefangenen revolutionären ging, die von dem faschistischen militärregime zum tode verurteilt worden waren, verlangte neusel zuvor von ihnen die "entkräftung der gegen sie erhobenen vorwürfe" - was nichts anderes hieß, als daß er ihre hinrichtung fordertet.
neusel hat die entscheidung über den einsatz der gsg9 und ist beteiligt an der entscheidung darüber, wer von dieser killertruppe ausgebildet wird, wie z.b. türkische spezialeinheiten, die heute in kurdistan das volk niedermetzeln.
die offensive gegen die gefangenen in spanien, mit der sich die sozialistische regierung unter gonzales endgültig - gerade in hinblick auf "europa 92" - als zuverlässiges mitglied der kernstaaten des europäischen machtblocks profilieren will, läuft mit voller rückendeckung der übrigen westeuropäischen staaten. dieser block mit der brd an der spitze hat sich heutet zur weltmacht aufgeschwungen und muß gegen die sich ständig verschärfenden widersprüche, die sich schon lange nicht mehr befrieden lassen, die innere stabilität durchsetzen.

vor diesem hintergrund läuft aktuell quer durch alle westeuropäischen länder der versuch, jeden gedanken an widerstand und selbstbestimmung im eisernen würgegriff und der permanenten demonstration der totalität ihrer macht, zu ersticken.
und in diesem zusammenhang hat die frage, ob die gefangenen in spanien mit ihrem kampf durchkommen, für die gesamte nächste phase, dem neuaufbau revolutionärer praxis in westeuropa, große bedeutung.

so wie der brd-staat 77 versucht hat, über unsere niederlage ein für allemal mit dem problem der guerilla schluß zu machen und gleichzeitig die gesamte linke hier in tiefe resignation und ohnmacht zu stürzen, so zielt der angriff auf die gefangenen aus GRAPO und PCE(r) zugleich auf die gesamte revolutionäre bewegung und alle fortschrittlichen kräfte in westeuropa.

die zerschlagung der gefangenenkollektive und die isolierung der genossinnen und genossen soll einen umschlag in der entwicklung der letzten jahre einleiten und das genau an der frage, wo die einheit

und das bewußtsein über die notwendigkeit gemeinsamen handelns quer durch westeuropa in den revolutionären bewegungen und bei vielen, denen es um radikale veränderungen geht, am weitesten entwickelt ist.

der versuch, diesen umschlag durchzusetzen, kommt aus der internationalen entwicklung: der imperialismus hat den kalten krieg gewonnen. die auflösung des sozialistischen blocks und damit auch seiner historischen funktion für die befreiungsprozesse im trikont hat zu einer neuen stabilisierung des imperialistischen machtblocks geführt.
die rasende entwicklung der letzten monate und die einverleibung der ddr hat die brd innerhalb westeuropas zu uneingeschränkter vormacht und den ganzen westeuropäischen block zur weltmacht gebracht.
aus dieser neuen machtposition versuchen sie heute an jedem punkt terrain gegen alle revolutionären kämpfe und kämpfe um lebensbedingungen zurückzugewinnen und da, wo von unten schon ziele durchgesetzt wurden, die entwicklung wieder zurückzudrehen.

seit anfang/mitte der 80er jahre, als der befreiungsgprozeß weltweit an grenzen gestoßen war, mußten die kämpfenden überall anfangen, nach neuen wegen zu suchen. das hieß in vielen ländern im trikont, daß zu den revolutionären befreiungsbewegungen basisbewegungen entstanden sind, die für die veränderung der unmenschlichen und unwürdigen lebensbedingungen kämpfen und angefangen haben, ihren alltag selbst zu organisieren. so hat sich in verschiedenen ländern (die intifada in palästina und kurdistan oder die befreiungsbewegungen in el salvador oder den philippinen) eine macht von unten herausgebildet, die neben der reaktionären staatsmacht existiert.
diese entwicklung hat ihren ausdruck auch in den metropolen. die kämpfe, die sich in den letzten jahren hier entwickelt haben und in denen unterschiedliche menschen zusammengekommen sind, sind kämpfe für veränderung hier sofort. zum einen richten sie sich gegen zerstörerische imperialistische projekte. zum anderen sind aus der erfahrung vieler, daß der kapitalistische alltag mit konkurrenz, der beziehungslosigkeit der menschen untereinander, dem leben in der isolation zerstörerisch ist, kämpfe für selbstbestimmte lebenszusammenhänge entstanden. das ist der kern davon, daß in ganz westeuropa zum beispiel hausbesetzer(innen)bewegungen entstanden. da wo sich menschen selbstbestimmte räume erkämpft haben, sind neue möglichkeiten und bezugspunkte für die herausbildung einer revolutionären bewegung entstanden.

diese entwicklung wollen sie zurückdrehen und umkehren. die aktuellen projekte der konterrevolution: zerschlagung der gefangenenkollektive in spanien, die niederschlagung von gefangenen-revolten in mehreren ländern, die brutale räumung seit jahren besetzter häuser und knaststrafen in groningen (niederlande), dänemark, die razzien und hetze gegen die hafenstraße stehen da in einer reihe. sie zielen gegen alle ansätze, die, wie zum beispiel der hafen hier dafür stehen, zeigen, daß es möglich ist, gegen ihren machtapparat eigene ziele durchzusetzen, daß gegen den kapitalistischen 24-stunden-alltag eine von menschen bestimmte wirklichkeit existieren kann.

gegenüber der internationalen entwicklung, aber gerade auch gegenüber dem faschistischen durchmarsch und dem aufschwingen der brd zur neuen großdeutschen weltmacht, sagen viele genossen und andere menschen, die gegen dieses system der unterdrückung und unmenschlichkeit aufgestanden sind, daß wir keine chance haben durchzukommen, weil der feind übermächtig sei und die kräfte für die umwälzung schwach.

und das ist die andere seite: diese resignation und zum teil auch lähmung verhindert viele initiativen; die schritte im neuaufbau einer starken revolutionären bewegung sein könnten.

die entscheidung gegen das imperialistische system und für eine freie welt, in der die menschen selbstbestimmt und frei leben können, zu kämpfen, kann nicht davon abhängig sein, ob der sieg in greifbarer nähe liegt oder in einem langen kampf durchgefochten werden muß. die entscheidung für den revolutionären kampf kann nur aus der eigenen erfahrung im system und seiner brutalität und zerstörung kommen und aus den eigenen zielen und vorstellungen – eben wie man leben will.

wir denken, daß ein wichtiger schlüssel für viele, aber auch für die nächsten schritte im aufbau von revolutionärer gegenmacht darin liegt, sich diese erfahrung, denn die ist bei jedem menschen die wurzel für den eigenen aufbruch, bewußt zu machen. die erfahrung der zerstörung durch das system kann zu bewußten und endgültigen entscheidung für die umwälzung der herrschenden realität und für ein selbstbestimmtes leben gebracht werden.

wir alle müssen es jetzt anpacken, zur gemeinsamen kraft zu werden. die entscheidung, die aktion gegen neusel jetzt und im zusammenhang mit dem streik in spanien zu machen, ist für uns ein neuer schritt auf dem weg, zusammen gegenmacht aufzubauen im gemeinsamen kampf für die durchsetzung einer forderung, die brennpunkt in der gesamten auseinandersetzung ist.
wir hatten nicht von anfang an vor, in die entwicklung des hungerstreiks der spanischen genossinnen und genossen zu intervenieren. erst nachdem klar war, daß selbst nach dem mord an jose manuel sevillano und den sich daran verschärfenden widersprüchen in spanien selbst und den vielen und vielfältigen initiativen in anderen westeuropäischen ländern für die durchsetzung der forderungen die gonzales-regierung an ihrer harten haltung festhalten will – und eben der einschätzung, daß der westeuropäische block an der zerschlagung der gefangenenkollektive in spanien und der liquidierung der genossinnen und genossen dort, die ganze entwicklung und bedingungen für alle kämpfe zurückdrehen und umkehren will – haben wir uns zur bewaffneten intervention entschlossen. nur eine bewaffnete aktion konnte diese festgefressene situation wieder offen machen. sie kann alle initiativen, die zum streik bis jetzt gelaufen sind, zu neuer schärfe bringen, und sie macht vor allem einen neuen anlauf möglich, weil sie den politischen raum dafür aufmacht. jede initiative, die jetzt kommt, zählt!

es ist heute so, und wird aus den unterschiedlichen bedingungen in den einzelnen ländern und der verschiedenen

schwerpunkte, die die kämpfenden in diesen ländern für sich bestimmen, weiter so sein, daß sich die antiimperialistische front in westeuropa aus einer vielfalt von kämpfen zusammensetzt.

wir denken, daß es jetzt möglich ist und ein erster gemeinsamer schritt im neuaufbau einer starken revolutionären bewegung sein kann, daß wir uns über die brennpunkte in der konfrontation imperialismus/befreiung verständigen, um daran zur gemeinsamen intervention zu kommen.
so soll unser angriff jetzt in zwei richtungen wirken, die eine, konkret zur durchsetzung der forderungen der gefangenen und im aufbau revolutionärer gegenmacht in westeuropa, und die andere, als einleitung einer langen kampfphase gegen die neuentstandene großdeutsche/westeuropäische weltmacht.

die brd und neuen machteliten der ddr verfolgen mit dem schritt zum großdeutschland dieselben ziele und imperialen pläne wie der nazi-faschismus. der dritte überfall, den das deutsche kapital in diesem jahrhundert auf die völker europas führt, wird nicht mit militärischen mitteln, sondern mit den mitteln der wirtschaft und der politik geführt. die unterwerfung von millionen menschen unter die prinzipien von markt, profit und warenstruktur bringt neues leid und elend für die völker. es werden diesmal nicht millionen tote und ausgelöschteq dörfer sein, sondern millionen entwürdigte und unterdrückte menschen, die an der zerstörung ihrer lebensstrukturen und menschlichen beziehungen verzweifeln und innerlich - in ihrer seele - zugrunde gehen sollen. und auf der basis der neuen macht, die das brd-kapital an der spitze westeuropas aus dieser entwicklung zieht, wollen sie zu einer neuen runde in der unterwerfung und ausplünderung der völker im trikont ausholen.

wir stellen uns mit aller kraft gegen diese entwicklung, weil es unsere aufgabe im internationalen klassenkrieg ist, sie mit diesen plänen nicht durchkommen zu lassen.

gegen den sprung der westeuropäischen bestie unseren sprung im aufbau revolutionärer gegenmacht!

die wiederzusammenlegung der gefangenen von GRAPO und PCE(r) gemeinsam durchsetzen - die zusammenlegung aller revolutionären gefangenen und damit die perspektive für ihre freiheit erkämpfen!

krieg der weltmacht brd/westeuropa!

den bewaffneten kampf organisieren!

zusammen kämpfen und wir werden zusammen siegen!

rote armee fraktion
(27.7.90)

„Alibi-Abfragen" des LKA — Betroffene protestieren (Presseerklärung)

Am 27.7.90 — einige Stunden nach dem Angriff der RAF auf den Staatssekretär im Bundesinnenministerium Neusel — „besuchte" das Landeskriminalamt (LKA) München und der Staatsschutz (K 14) mehrere Wohnungen und eine Kneipe in München; insgesamt waren sie an zwölf verschiedenen Orten. Die „Besuche" liefen so ab, daß sie in den verschiedenen Wohnungen nach bestimmten Leuten gefragt haben, ob diese anwesend seien und auf die Frage, was dies solle, die Antwort war, ob die Betreffenden noch nichts von der Aktion gehört hätten o.ä. Wenn die betreffende Person da war, gingen sie wieder (in einem Fall nach einem demonstrativen Lichtbildvergleich). Wenn sie *nicht* da war, wurden entweder anwesende andere Personen oder Kinder oder auch Nachbarn befragt, wo denn die betreffende Person sei und *wann* sie sie zuletzt gesehen hätten. Bei einigen fragten sie direkt, *wo* sie an diesem Morgen, bei einem sogar, ob er für seine Angaben Zeugen hätte (!). In Nürnberg lief zur gleichen Zeit in mehreren Wohnungen ähnliches. Soweit einmal die konkreten Fakten.

Dazu wäre als erstes zu sagen: Die Leute, um die es sich handelt, sind alle legal lebende Linke, zum Teil seit Jahren in verschiedenen politischen Bereichen aktiv. Sie sind *nicht einem einheitlichen* politischen Spektrum zuzuordnen. „Legal" heißt natürlich, daß der Staatsschutz und das LKA oder auch der Verfassungsschutz wissen, wo diese Leute wohnen, arbeiten usw. *und* sie wissen, daß solche Leute *NIE* an einer Aktion der RAF beteiligt sind. Dazu haben mehrere Gefangene aus der RAF und die RAF selbst eindeutiges gesagt. Um diese Tatsache zu umgehen, wurde von der Bundesanwaltschaft (BAW) das sog. „4-Ebenen Konstrukt der RAF" eingeführt: Zur RAF sollen eben nicht nur die gehören, die sich für illegale bewaffnete Politik in der RAF entschieden haben, sondern *auch* die Gefangenen aus der RAF und diversen militanten Gruppen sowie legal lebende, aktive, offensiv handelnde Linke. Die BAW sucht nun nach Kriterien, wie sich diese Ausweitung der sog. „Anti-Terrorstrategie" umsetzen läßt. Die Antwort darauf kann man sehr gut in den laufenden Verfahren, bei denen es um die sog. RAF-Mitgliedschaft geht, verfolgen, wie z.B. gegen Luitgard Hornstein in Stuttgart Stammheim. Es geht — kurz gesagt — darum „Lebenszusammenhänge", politische Arbeit, Lebensgewohnheiten legal lebender Linker zu Kriterien für RAF-Mitgliedschaft zu machen. Das beabsichtigte Resultat zeigt sich in den letzten Urteilen: Mehrfach fünf bis zehn Jahre Knast. Dies alles genauer zu machen, würde den Rahmen dieser Presseerklärung sprengen.

Und da liegt der Zusammenhang zu den — sagen wir mal „Pseudoalibi- oder Anwesenheitsüberprüfungen" bei uns hier. Es ist schlicht eine Dreistigkeit, mit welcher Selbstverständlichkeit hier über diese „Besuche" ein konkreter Zusammenhang mit dem Angriff der RAF suggeriert/konstruiert werden soll. Vor oben angerissenem Hintergrund ist diese Aktion natürlich auch eine indirekte Drohung gegen alle beteiligten Menschen. Deshalb sollen diese Fakten auch veröffentlicht werden, auch wenn sie jetzt noch recht unspektakulär klingen. Es ist ein kleiner Schritt des Staatsschutzes und wir wollen — aus allen Erfahrungen der letzten Jahre — diese kleinen Schritte nicht unwidersprochen lassen. (Nachfragen sind über Redaktion Lokalberichte (c/o GNN-Verlag) möglich)



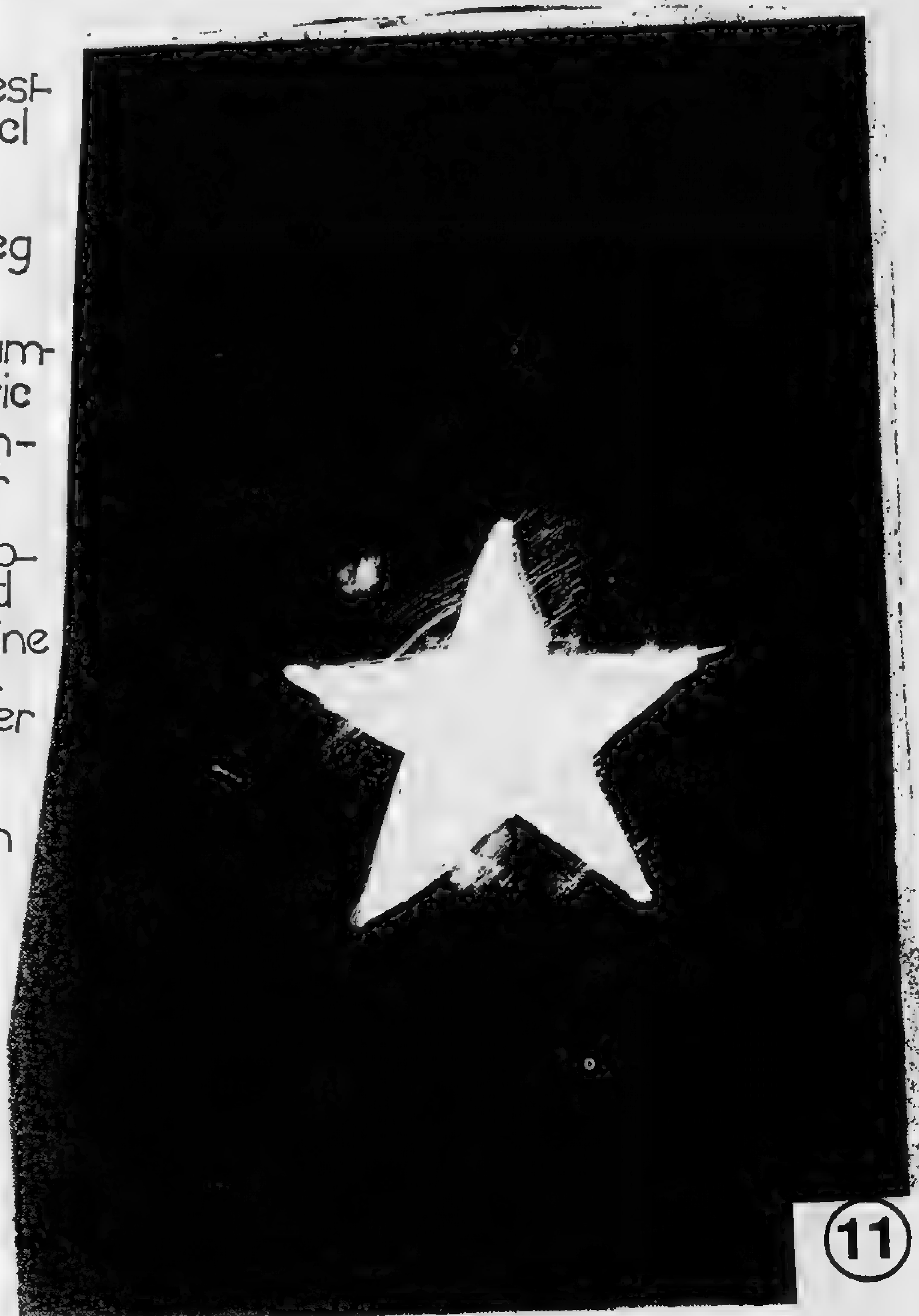
Eine Demonstration für die vielen politischen Gefangenen, die noch in Haft sind
Foto: ap

KURZ ZUR NEUSELERKLÄRUNG

wir wollen was dazu sagen, weil wir mit allen, die das hier auch wollen die auseinandersetzung um den aufbau revolutionärer gegenmacht suchen. diese auseinandersetzung kann nur an praktischen initiativen lang laufen. wir wollen gemeinsam diskutieren, was die einzelnen initiativen erreicht haben, was darin fehlt.
die neuselerklärung hat uns gut gefallen, weil darin wirklich eine diskussion mit dem widerstand anfängt, sich die genossInnen aus der guerillia konkreter und ausdrücklicher auf die laufenden prozesse beziehen.
und es hat uns stark mobilisiert, dass ihr mit dem angriff auf neusel in den hs der gefangenen aus grapo und pce(r) in spanien eingegriffen habt und die brd-regierung angreift, die für die vereinheitlichten haftbedingungen der revolutionären gefangenen in we. verantwortlich ist.
wir freuen uns darüber, dass ihr euch damit objektiv in die vielen initiativen stellt, die es in der brd und berlin in den letzten monaten für die zusammenlegung der spanischen gefangenen und für die durchsetzung in we gegeben hat.
wir haben nicht verstanden, warum ihr euch auf diese initiativen so wenig bezieht, sondern sagt, jetzt mit eurem angriff sei der boden geschaffen, erst jetzt sei jede initiative wichtig. darin lasst ihr weg, was durch die verschiedenen angriffe, veranstaltungen, demos, kundgebungen, usw. daran in den städten entstanden ist.

es gab noch keinen hs in einem anderen westeuropäischen land, zu dem es in der brd soviel solidarität gegeben hat.
für uns ist die mobilisierung zu spanien ein weg gewesen, aus der defensive nach dem hs hier raus zukommen, selber weiter um die zl zu kämpfen.. jetzt auch klarer aus dem begriff raus, wie eng die frage der durchsetzung der zl in den einzelnen westeuropäischen ländern miteinander verknüpft ist.
die aktionen für die zl, internationalistisch, antiimperialistisch, für den aufbau von gegenmacht sind jetzt besonders wichtig, weil der sieg der schweine im kalten krieg die schwäche und unorganisiertheit der revolutionären linken noch schmerzender wirken lässt.
es ist toll, dass es in vielen städten aktionen zu spanien gegeben hat, ein zusammen kämpfen für die zl. schwach ist allerdings, wie wenig organisiert wir noch sind, wie wenig wir die diskussionen zusammengekriegt haben.
wir wollen weiter für die wiederzusammenlegung der spanischen gefangenen initiativ sein und diskutieren, wie wir darin auch für die zl hier was tun können.

zusammenlegung durchsetzen
zusammen kämpfen



Den folgenden Text haben wir der "zusammen kämpfen nr.12" entnommen. Er ist eine Antwort auf den "Leserbrief an die `zusammen kämpfen´ anläßlich der Ausgabe März 90" aus der Interim Nr.100.

wir wollen hier auf den leserbrief "an die zusammen kämpfen" antworten. wir wollen dabei sagen, wie es für uns gelaufen ist, worauf es uns ankam, was die ganzen ansätze waren, was die schwächen. es ist etwas länger geworden als geplant und einige sachen wiederholen sich bzw. hätten wir gerne klrer auf den punkt gebracht. uns war es jetzt aber wichtig, möglichst schnell zu antworten, damit die diskussion weitergehen kann.

vorab aber mal kurz was zur kritik:

es gibt, öfter grade auch in anti-imp zusammenhängen, seit langem so eine abstrakte, anspruchsgeladene rangehensweise an politische initiativen, die uns nervt. da werden große ansprüche aufgebaut, andere über kluge kritiken abgekanzelt, letzlich aber nichts daraus gemacht, damit wurden schon zu viele initiativen erwürgt, die direkte mobilisierung und das spontane verhältnis zerredet und somit blockiert.

so im ansatz auch hier: für dich ist die praxis der kämpfenden einheiten wichtiger teil, hier gegenmacht aufzubauen, mit der du einige hoffnungen verbindest, auch wenn es nicht deine praxis ist. das wirft doch zwei fragen auf:

1. was ist deine praxis?
2. wie lief für dich die auseinandersetzung und die politische perspektive und initiative des frontprozesses seit 86, wie hast du dich z.b. damit auseinandergesetzt, daß es seit 86 keine praxis mehr von den kämpfenden einheiten gegeben hat? wie hast/habt ihr versucht zu erfassen, was sich verändert hat und welche auswirkungen hatte das auf deine/eure praxis?

dazu sagst du/ihr leider nichts.

womit du recht hast, ist, daß die erklärungen zum teil recht knapp und allgemein gehalten sind. wir finden es gut, mehr zu unseren diskussionen und vorstellungen zu sagen, und darüber mit möglichst vielen und unterschiedlichen menschen in die diskussion zu kommen, wie wir hier den revolutionären prozess weiterentwickeln können. aus den erklärungen aber heraus zu interpretieren, daß sich unsere politische vorstellung auf eine quantität von anschlägen und sachschäden beschränkt, finden wir ausgemachten blödsinn! darum geht es uns natürlich nicht, und wir verstehen nicht, wie man auf sowas kommen kann.

deine behauptung, wir hätten keine bestimmung für unsere aktionen fanden wir mehr als unverständlich! offenbar ist dir noch nie aufgefallen, wieviele menschen in ihren kämpfen schon auf die macht der banken und konzerne gestoßen sind und wie notwendig es ist dagegen revolutionären kampf aufzubauen. nur so kann man nämlich auf die behauptung verfallen, unsere prozesse würden abgekapselt vom rest des widerstandes und den bewegungen laufen. du solltest mal ein wenig genauer lesen, dann wäre dir der bezug auf die anti-akw-bewegung, die anti-gentech-bewegung z.b. nicht entgangen! natürlich beziehen wir uns auch auf die bewegung im hungerstreik, wo wir selber teil drin waren, und uns war wichtig die erfahrungen aus dem hs aufzuarbeiten. und -logo- lesen wir das, was andere dazu sagen, keine sorge.

warum sagst du eigentlich nichts zu der herrhausen erklärung der guerilla? gehört die guerilla für dich nicht zum revolutionären widerstand? oder traust du dich an die nicht ran?

wir wollen kurz was zu dem begriff "militante politik" sagen. wir haben diesen begriff für unsere praxis benutzt, und finden diesen begriff mittlerweise selbst nicht mehr so treffend, aus drei gründen:

1. der begriff trifft unzureichend das, worauf es uns ankommt. uns geht es um die entwicklung revolutionärer politik, und um die (neu)organisierung einer revolutionären bewegung, mit möglichst vielen und unterschiedlichen menschen und initiativen den revolutionären prozeß weiterzuentwickeln und politische ziele durchzusetzen, wie die zusammenlegung der politischen gefangenen.

2. es wird öfter so mißverstanden, als ginge es reduziert um die verwendung bestimmter mittel, abgetrennt von dem politischen ziel/inhalten. das ist aber das, was für uns in vordergrund steht; und sicherlich kann eine demo, kundgebung, usw. "militant" sein im sinne davon, daß es um die radikale, ernsthafte veränderung der bestehenden verhältnisse geht, das hängt ja nun wirklich nicht von den verwendeten mitteln ab.

3. an diesem begriff klebt schnell ein großer mythos und das mögen wir nicht. es ist für uns ein teil innerhalb der entwicklung revolutionärer politik.

wir verstehen die letzten angriffe auch nicht als einzige antwort auf die (alle) schwächen des widerstands, wir sollten auch mit ein paar aktionen die ganzen schwächen und politischen grenzen des widerstands aufzuheben sein? das wäre ja eine wahnsinns anspruch, außerdem bedarf das der gemeinsamen anstrengung von allen, die hier ernsthaft die veränderung der bestehenden verhältnisse zu ihrer sache machen.

für uns war der hungerstreik der gefangenen 89 eine einschneidende erfahrung. uns war und ist total wichtig, hier und in anderen westeuropäischen ländern die zusammenlegung durchzusetzen, und im streik sind wir darauf gestoßen, daß wir gegen die harte haltung der verantwortlichen nicht durchgekommen sind.

in der brd haben sich so viele menschen wie noch nie voher in einem hungerstreik mobilisiert un sich für die forderungen eingesetzt, und die solidarität zu dem streik ist durch viele gesellschaftliche bereiche gegangen.

trotzdem haben sich die herrschenden darüber hinweggesetzt und sie hätten die gefangenen lieber ermordet als den forderungen nachzugeben.

gleichzeitig ist die situation vom widerstand offen geworden, im streik gab es nicht die organisierte revolutionäre bewegung, die in der lage gewesen wäre zusammen mit den gefangenen und allen, die sich für die forderungen eingesetzt haben, den politischen druck auf die herrschenden zu schaffen, der sie gezwungen hätte, ihr vernichtungsprojekt isolationsfolter aufzugeben.

die politischen schwächen, die sich im hungerstreik gezeigt haben, sind vielfältig und haben sich an ganz vielen punkten gezeigt. es gab kaum eine entwickelte vorstellung davon, wie (in der eskalierten situation) ein politischeer druck auf die herrschenden aufzubauen und zu verstärken ist, das hat sich z.b. darin ausgedrückt, daß es auf der großen hungerstreikdemo in bonn kaum einen redebeitrag aus dem widerstand gegeben hat, wo was zur politischen situation gesagt wurde und zur eigenen vorstellung, wie sie zu wenden ist. es gab wenig vorstellung, wie man zusammen mit den vielen menschen, die sich im hungerstreik mobilisiert haben, tiefere beziehungen/mobilisierungen aufbauen kann und gemeinsam neue schritte angehen kann; viele initiativen standen nebeneinander. was sich gezeigt hat, war eine fehlende organisierung von revolutionären widerstand und zwar auf allen ebenen, und fehlende initiative, die situation in die hand zu kriegen. die militanten aktionen waren spontan, waren nicht gemeinsam politisch bestimmt, und sie standen oft neben der breiten mobilisierung und hatten keine durchschlagende, politische wirkung.

in den überlegungen nach dem hungerstreik waren für uns 2 sachen wichtig: die objektive schwäche des widerstands, in der mobilisierung revolutionäre inhalte und perspektiven zu haben und die subjektive frage an jede/n einzelne/n, wie er/sie sich eine - wirklich die situa-

tion verändernde - politik vorstellt. während und nach dem hungerwstreik wurde uns viel direkter klar, daß es an uns, jeder/m einzelnen liegt, wie hier eine revolutionäre bewegung auf verschiedenen ebenen entsteht. für uns war das so, daß wir das selber in die hand nehmen wollten, hier revolutionäre politik zu entwickeln und aus unserer entwicklung neue schritte angehen wollten. unsere entscheidung war dann, uns die möglichkeiten zu schaffen, die herrschenden politisch-materiell angreifen zu können, die kämpfenden einheiten neu mit aufzubauen und uns dafür zu organisieren.

uns ging es darum, die auseinandersetzung um den aufbau der revolutionären front hier als konkrete, greifbare vorstellung zu entfachen.

FÜR UNS LIEGT IN DER KONKRETEN VORSTELLUNG, HIER UND IN WESTEUROPA EIN NETZ/EINE STRUKTUR AUFZUBAUEN, IN DER WIR ZUSAMMEN MIT DER GUERILLA UND VIELEN UNTERSCHIEDLICHEN MENSCHEN UND DEREN INITIATIVEN REVOLUTIONÄRE GEGENMACHT AUFBAUEN, DIE PERSPEKTIVE, UNS GEGEN DIE HERRSCHENDEN DURCHZUSETZEN.

dieser prozess läuft nur praktische im aufbau unserer strukturen und im angriff gegen ihre macht.

für uns war das so, daß uns die aktionen der guerilla gegen herrhausen und der kämpfenden einheiten sheban atlouf/conny wiesmann gegen bayer mobilisiert haben und wir selber aktiv werden wollten um diesen neuen aufbruch zu stärken und von uns aus mitzuentwickeln. so haben wir angefangen, uns dafür zu organisieren, uns die bedingungen zu schaffen, die wir brauchten und diskussionen mit anderen gruppen zu suchen. vieles war da für uns am anfang, zb. hätten wir gerne mit mehr gruppen geredet, um gemeinsame bestimmungen und auseinandersetzungen darüber, wie sich hier der revolutionäre prozeß weiterentwickeln kann, zu vertiefen.

wie weit wir in den nächsten schritten kommen und wie konkret es möglich wird imperialistische politik zu blockieren und forderungen durchzusetzen, liegt daran, wieviele menschen sich an diesem prozeß beteiligen wollen und dafür aktiv werdem.

die angriffe haben sich gegen politisch und wirtschaftlich mächtige konzerne und banken gerichtet, die verantwortlich sind für die herrschende politik, für weltweite ausbeutung und die zerstörung von lebensbedingungen. sie sind teil der machtstrukturen, auf die jeder widerstand und jede bewegung stößt, als ursache für die verschiedenen vernichtungsprojekte und für das produzierte elend. gegen diese konzerne und die deutsche bank hat es immer wieder kämpfe und mobilisierungen gegeben und sie sind als teil der imp.-kapitalistischen herrschafts- und unterdrückungsmacht identifiziert und bekannt.

uns war total wichtig, uns auf den hungerstreik in spanien zu beziehen. wir haben gesehen, daß der kampf um die zusammenlegung hier und der kampf um die wiederzusammenlegung der spanischen gefangenen gar nicht voneinander zu trennen ist und daß die internationale solidarität total wichtig ist, um zusammen gegen ihr westeuropäisches vernichtungsprojekt der isolationsfolter durchzukommen.

entscheidend waren für uns nicht die verwendeten mittel - wie rebmann meinte - sondern der gemeinsame wille zu handeln und so, wie wir uns zutrauten, mit ganzer kraft in die situation einzugreifen. uns ging es auch darum, in die situation nach dem streik einzugreifen, so, wie wir das mitgekriegt haben, gibt es einerseits das bedürfnis von vielen nach einem neuen anfang, andererseits gibt es viel rat-, hoffnungs- und orientierungslosigkeit.

wir sind schon öfter gefragt worden, was wir für konsequenzen aus 86 gezogen haben.

dazu ist zu sagen: zu der zeit (86) war das nicht unsere praxis. wir haben uns natürlich auch gefragt, was eigentlich aus denen geworden ist, die 86 die offensive von guerilla und kämpfenden einheiten (ke) als ke mitorganisiert hatten. als organisierte kraft gab es viele ke's offensichtlich nicht mehr.

das andere ist, daß wir uns auf die ansätze, die es damals gegeben hat, beziehen. das heißt für uns nicht, da nahtlos anzuknüpfen, weil sich in den letzten vier jahren viel verändert hat und wir daraus unsere politischen bestimmungen entwickeln.

wir sehen das so, daß die auseinandersetzungen für den aufbau der revolutionären front seit 86 z.t. steckengeblieben sind.

nach der offensive 86 ging es erstmal nicht weiter, eine verschärfte repression hat zugeschlagen, die für viele in dem ausmaß überraschend kam - das eine ist, daß die repression neue bedingungen gesetzt hat, überhaupt für den widerstand.

das andere ist, daß die repression überhaupt nur greifen konnte, weil die grundlagen - die subjektiven und die politischen - noch gar nicht so weit und konkret entwickelt waren. es gab als eine tendenz eine abstrakte, anspruchsgeladene rangehensweise an revolutionäre politik, an die konkrete situation und die konkreten probleme des widerstands: der begriff front ist vor sich her getragen worden und alles mögliche ist proklamiert worden, ohne daß es dem entsprochen hätte, was wirklich da und entwickelt war. an revolutionierung des eigenen lebens, an konkreten vorstellungen, selbstständig in politischen initiativen, kampagnen usw. mit die revolutionäre front aufzubauen.

für uns selber war das oft genug so, daß wir uns selber und einen lebendigen prozess damit nur blockiert haben.

gleichzeitig hat es in den letzten jahren viele gute ansätze gegeben:

an konkreten mobilisierungen (häuser, iwf) haben sich viele menschen aus unterschiedlichen politischen spektren zusammengetan und für konkrete ziele gekämpft.

für uns war es seit 86/87 - mehr oder weniger bewußt - darum gegangen, revolutionäre politik in den verschiedenen initiativen und mobilisierungen im widerstand zu entwickeln.

das hieß: -die offenheit zu entwickeln, um mit menschen aus anderen gesellschaftlichen gruppen und spektren zusammenzukommen und - aus den einzelnen kämpfen das zusammenkommen mit anderen kämpfen für gemeinsame ziele zu entwickeln. so liefen und laufen die kämpfe um die besetzten häuser und zentren, die mobilisierung gegen die verschärfte repression, die mobilisierung für die zusammenlegung.

in bezug auf die offenheit, mit anderen menschen zusammenzukommen, ist zu sagen, daß es echte veränderungen gegeben hat.

die politische auseinandersetzung und nach gemeinsamen initiativen zu suchen, hat sich in vielen zusammenhängen und mobilisierungen durchgesetzt, darin haben sich ideologisierte und überflüssige abgrenzungen und spaltereien angefangen aufzulösen.

der rahmen von menschen, die sich an konkreten punkten mobilisieren und die hier auf der suche sind, ist viel größer geworden. zusammen mit den bewegungen, mobilisierungen und verschiedenen kämpfen wollen wir hier die gegenmacht entwickeln, die konkrete ziele durchsetzen kann und den revolutionären prozeß weiterentwickelt.

unser anliegen ist, daß revolutionäre politik stärker als bisher ein politischer faktor in den gesellschaftlichen auseinandersetzungen ist und wird. also nicht eine marginale randerscheinung im ghetto der eingegrenzten scenesumpfes, mit spezialisteninteressen und "spezialproblemen", sondern ein politischer faktor, der hier die vielfältigen widersprüche polarisieren kann und bezugspunkt wird für die ausgebeuteten und unterdrückten.

uns geht es darum, aus dem, was sich entwickelt hat und was da ist, an neuen möglichkeiten einen neuen aufbruch gegen ihre macht zu machen. das ist auch



dringend notwendig - aus der zerstörung der lebensbedingungen hier und der internationalen situation.

die brd hat sich in den letzten jahren zur imperialistischen führungsmacht in westeuropa entwickelt. das heißt, daß die brd - als machtzentrum in ökonomischer und politischer hinsicht - in westeuropa und international eine neue rolle und bedeutung hat. unter ihrer führung läuft die kapitalistische neuordnung europas, jetzt auch osteuropas, auf hochtouren. was sie im nazifaschismus mit den plänen von einem großem europäischen wirtschaftsraum verfolgt haben, soll jetzt realität werden. es heißt nur anders "haus europa,eg-binnenmarkt" usw. die ziele sind die gleichen geblieben.

die großen brd-konzerne machen riesengewinne, durch den einbruch in den staaten osteuropas haben sie riesenmärkte und profitmöglichkeiten dazugewonnen. die brd-konzerne kaufen sich in ganz westeuropa ein, in der spanischen zeitung "el pais" wird die strategie der "deutschen bank" als "blitzkriegstrategie" bezeichnet. durch ihre wirtschaftliche und verbunden damit politisch starke position und ihren gewachsenen einflußmöglichkeiten (z.b. mehr stimmen im iwf) diktieren sie die politik in den wirtschaftlich schwächeren ländern mit und die lebensbedingungen der menschen.

diese entwicklung, die vor einigen jahren noch wunschvorstellung in kapitalisten- und politikerköpfen war, wird heute zunehmend realität mit all ihren destruktiven auswirkungen. monopolisierung der produktion in riesenkonzernen mit einhergehenden angriff auf die erkämpften arbeiterInnenrechte, sanierung der stadtteile für die reichen, wiedererstarken des nationalismus/chauvinismus und des neofaschismus, diskriminierung von ausländern, asylanten und gesellschaftlichen randgruppen, abbau von sozialleistungen und stärker werdender sexismus sind da nur einige punkte.

gegen diese realität gibt es aber an allen ecken und enden widersprüche und widerstand. gegen neofaschismus und großmacht-deutschland-ambitionen, gegen die neuen ausländergesetze, die macht der banken und konzerne, die umweltzerstörung, die umstrukturierung und luxussanierung der städte...

wir haben dazu noch keine endgültige, umfassende einschätzung, daran arbeiten wir. wir denken aber, daß im angriff auf die zentralen machtstrukturen, die neue internationale rolle der brd und die konkreten projekte und im zusammenkommen der kämpfe die möglichkeit besteht, den herrschenden den raum für ihr handeln zu nehmen. dafür und für den aufbau der revolutionären bewegung wollen wir unsere nächsten schritte bestimmen.

eine kämpfende einheit

Mehr Energie, als uns diese verschrumpelte Kopie zu schicken, hattet ihr wohl nicht - wir fragen uns nur, warum ihr sie dann uberhaupt drunter geklebt habt!!

am 13.8.90 in Wuppertal

Gegen das Europa der Bullen, Banken u. Konzerne Für ein Europa der Revolution

ZUSAMMEN KÄMPFEN

die gefangenen aus grapo und pce(r) halten auch nach dem tod des genossen josé sevillanos an ihren forderungen fest. der kampf geht weiter. die situation ist für einige gefangene so zugespitzt, daß auch bei einer sofortigen unterbrechung des streiks mehrere genossInnen sterben werden, weil mittlerweile lebensnotwendige organe zerstört sind.

wir wollen mit unserer aktion erreichen, daß die diskussion weitergeht. eine einzelne praktische intervention kann kein kräfteverhältnis herstellen um dem vernichtungswillen des spanischen staates etwas entgegenzusetzen. gerade jetzt geht es darum, wieder verstärkt an den verschiedenen initiativen anzuknüpfen und sie fortzusetzen. die vielfältigen möglichkeiten entwickeln den notwendigen politischen druck für die wiederzusammenlegung der spanischen gefangenen.

die gefangenen sind in ihrem kampf mit einer spanischen regierung konfrontiert, die über die eg-mitgliedschaft auf europäische linie gebracht worden ist. in der strategie der herrschenden heißt das: abschwören oder isolation und vernichtung. das vereinigte europa der konzerne und banken setzt heute auf die zerschlagung aller antagonismen und widersprüche. sie wollen die friedhofsruhe auch für die forcierte ausplünderung des trikonts. wir erleben es hier aktuell an den angriffen gegen die bewohnerInnen der hafenstraße mit dem §129a, an den massenfestnahmen in groningen (niederlande) und den vielen anderen häuserräumungen, staatsschutzprozessen... sie zielen auf jede organisierung von unten, die ihren plänen im wege steht. erzeugt werden soll dadurch hoffnungslosigkeit und orientierungslosigkeit. es soll keine realität neben der ihren geben.

in so einer situation, damit unsere wut und traurigkeit nicht in ohnmachtsgefühle umschlägt, haben wir uns entschlossen nach möglichkeiten zu suchen, die verantwortlichen konzerne und kapitalstrukturen zu benennen und zu treffen. gegen die gewaltherrschaft und gegen die reduzierung des menschen als objekt und ware, zu gefühlslosen wesen, ist es für uns auch wichtig eigene grenzen zu durchbrechen und neue erfahrungen zu machen. wir haben diese möglichkeit mit dieser aktion gegen den vw/audi-vertragshändler ______ gefunden. einige hinterlassene brandsätze und mit abbeize demolierter lack mehrerer vw-wagen sollen sie daran erinnern, daß ihre schmutzige politik nicht unbeantwortet bleibt.

wir haben uns für vw als internationalen konzern entschieden. vw steht auch für die faschistische kontinuität des deutschen kapitals. vw wurde 1936 als sogenannter 'autohersteller' gegründet und war innerhalb kürzester zeit in der rüstungsproduktion (flugzeug- und panzerproduktion usw.) integriert. ihr ziel eines "großwirtschaftsraum europa" im nazifaschismus bis heute, ist das gleiche geblieben. heute geht es für vw darum, den sprung zum global handelnden konzern zu schaffen. der 75%-kauf 1986 von seat (spanischer autohersteller) ist darin ein schritt gewesen.

WIEDERZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN SPANIEN

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND UND ALLER, DIE DAFÜR KÄMPFEN, IN GROSSE SELBSTBESTIMMTE GRUPPEN

FREILASSUNG DER HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN

P R E S S E E R K L Ä R U N G

der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD und West-Berlin

12.8.1990

Am 17.8.90 um 9,oo Uhr findet vor dem Amtsgericht Köln, Luxemburgerstr. 101, Zimmer 13, Erdgeschoß, der Prozeß gegen Heidi Hinrichsen (für die Gruppe der Angehörigen) und gegen Christiane Schneider (für den GNN-Verlag) statt.
Die Anklage heißt "Verunglimpfung des Staates nach § 90 a.".

Der Hintergrund:
Am 16.12.1989 haben wir, die Angehörigen, eine Presseerklärung im Angehörigeninfo Nr. 30 veröffentlicht. Sie ist Gegenstand der Anklage.
Die kriminalisierte Presseerklärung wurde nach der Aktion gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, verfasst. Damals ist mit einer Welle von Repressalien gegen die politischen Gefangenen vorgegangen worden - Zellenrazzien, Trennung untereinander und von anderen Gefangenen, einige wurden in Bunkerzellen gebracht, Besuchsverbote, Rolf Heissler wurde in den Hochsicherheitstrakt verlegt. Begleitend zu diesen Maßnahmen wurden in den Medien die politischen Gefangenen als die Verantwortlichen für die Aktion dargestellt.

Das alles müssen wir Angehörigen als Zeichen höchster Gefahr interpretieren, da wir in den letzten 18 Jahren immer wieder die Erfahrung gemacht haben, daß Angriffe gegen die Gefangenen bis hin zu ihrer Vernichtung stets durch entsprechende Medienkampagnen vorbereitet wurden.

Wir haben in unserer damaligen Presseerklärung an die Erfahrungen erinnert, die wir meinen: die Ermordung von Ulrike Meinhof 1976, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert, den Mordversuch an Irmgard Möller, im Herbst 1977.

Diese Tatsachen sollen nach dem Willen der politisch Verantwortlichen endlich aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit getilgt werden. Wir Angehörige als unmittelbar Betroffene können und werden dazu nicht schweigen. Wir werden weiterhin für die Wahrheit stehen.

Der Prozeß richtet sich gegen das Angehörigeninfo als Quelle authentischer Informationen über die Situation der Gefangenen, gegen unsere Aktivitäten als Angehörige, um unsere Schutzfunktion für die Gefangenen anzugreifen. Das wird auch daran deutlich, daß die Veröffentlichung derselben Presseerklärung in anderen Zeitungen bislang nicht kriminalisiert wurde - das gezielte Vorgehen nur gegen uns soll Solidarisierungseffekte anderer Presseorgane vermeiden.



Das Verfahren jetzt vor dem Amtsgericht in Köln steht in einer ganzen Reihe von Kriminalisierungsversuchen und Verurteilungen die darauf abzielen uns Angehörige einzuschüchtern, mit hohen Geld- und/oder Gefängnisstrafen unsere Arbeit zu blockieren um so unsere Berichte aus den Knästen zu unterdrücken, und unseren Kampf für die Zusammenlegung.

In den letzten Monaten wurde ein Verfahren nach § 90a gegen das Angehörigeninfo eingestellt, eines endete mit Freispruch, und ein weiteres Verfahren wegen § 90a ist im Ermittlungsstadium.

Der Angriff der Justiz gegen das Angehörigeninfo als Presseorgan sollte die besondere Aufmerksamkeit und das kritische Interesse der übrigen Presse finden und dies sollte auch in entsprechenden Veröffentlichungen zum Ausdruck kommen.

Unsere Adresse: Postlagerkarte 0502050, 7500 Karlsruhe 1

Angehörigen Info 30

G 10228 D
21.12.1989

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Erklärungen von Angehörigen

Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD, 16.12.

Wir sind in großer Sorge um unsere Angehörigen, die politischen Gefangenen in der BRD. Seit der Aktion gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, vom 30.11.89 ist materiell und propagandistisch ein von der Bundesanwaltschaft gesteuertes Projekt angelaufen, das darauf zielt, die Gefangenen für diese und künftige Aktionen der Guerilla verantwortlich zu machen. So wurden wenige Stunden nach der Aktion bei 26 Gefangenen aus RAF und Widerstand auf Veranlassung der BAW Zellenrazzien durchgeführt, die Gefangenen wurden sofort voneinander und von anderen Gefangenen isoliert, einige wurden in Bunkerzellen gebracht, geplante Besuche durften nicht stattfinden, Rolf Heißler wurde in den Hochsicherheitstrakt verlegt. Seine Rückverlegung wird davon abhängig gemacht, daß er sich von der Aktion distanziert.

Zur Begründung diente der BAW ein Brief des Gefangenen Helmut Pohl von Ende Oktober 89, der eine Einschätzung zu den Haftbedingungen und deren Veränderungen nach dem letzten Hungerstreik der Gefangenen enthält und der auf dem ganz normalen Postweg aus der Anstalt gelangte, d.h. über die Anstaltszensur.

Auch in den Medien wurde sofort und einheitlich behauptet, daß die Gefangenen für die Aktion verantwortlich seien: Schon eine Stunde nach der ersten Meldung dazu bringen sie Helmuts Brief damit in Zusammenhang; in dauernder Wiederholung zitieren Funk und Fernsehen aus dem Zusammenhang gerissene, sinnentstellte und verfälschte Passagen aus dem Brief; im TV wird dazu jeweils Helmuts Bild eingeblendet. Schon am 16.11.1989 hatte die Tageszeitung „Die Welt" Helmuts Brief auf gleiche Weise benutzt, um zu suggerieren, daß die politischen Gefangenen und die Guerilla draußen gemeinsam auf eine Aktion hinarbeiten würden.

An dieser propagandistischen Linie hat sich im wesentlichen auch nichts dadurch geändert, daß Teile des Sicherheitsapparats und der Medien inzwischen Helmuts Brief nicht mehr als „Auslöser" oder „Anweisung" für die Aktion interpretieren konnten, nachdem bekanntgeworden war, daß die Vorbereitungen dazu lange vor der Veröffentlichung des Briefs begonnen hatten. Inzwischen wird Günter Sonnenberg mittels eines angeblichen Zellenfundes als weiterer Mitwisser und Verantwortlicher für die Aktion aufgebaut. Abgesehen davon, daß Günter schon immer den besonderen Haß der BAW auf sich gezogen hat, hat dies seinen Grund sicher auch darin, daß seit Monaten eine Kampagne zu seiner Freilassung läuft.

Daß der Staat als Reaktion auf die Aktion gegen Herrhausen sofort gegen die Gefangenen losgeschlagen hat, zeigt, daß er sie nach wie vor im Geiselstatus hält. Diese Situation jetzt beunruhigt uns in hohem Maße. Denn wir wissen aus Erfahrung, daß das amtliche Konstrukt der „Zellensteuerung" und die in den Medien damit einhergehende Diffamierungskampagne gegen die Gefangenen in zugespitzten Situationen schon mehrfach dazu gedient haben, die Gefangenen massiv physisch anzugreifen bis hin zum Mord. Wir erinnern an den Mord an Ulrike Meinhof im Mai 76, dem eine jahrelange Hetzkampagne gegen sie vorausging. Und wir erinnern an den Mord an Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert und den Mordversuch an Irmgard Möller im Herbst '77, die vorbereitet wurden durch eine von der gesamten staatsloyalen Öffentlichkeit betriebene und getragene Kampagne, in der sie als Drahtzieher der damaligen Aktionen der RAF dargestellt und ihnen jedes Recht auf menschliche Existenz abgesprochen wurde. Wenn heute der SPD-Vorsitzende Hans-Joachim Vogel, damals als Bundesjustizminister einer der Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung, nach der Aktion gegen Herrhausen sagt, die Situation sei wie 77, damals seien sie damit fertig geworden und heute würden sie es auch, meint er genau diese „Lösung" — sich an den Gefangenen zu rächen.

Aber es wird entscheidend von uns abhängen, wie der Staat jetzt weiter mit den Gefangenen umgeht. Aus diesem Grunde halten wir es in der aktuellen Situation für besonders wichtig, die Entwicklung in den Gefängnissen genau zu verfolgen und den Kampf für die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen verstärkt weiterzuführen. Denn nur so können wir den Gefangenen Schutz bieten und der Hetzkampagne entgegentreten. Genau damit sind wir als Angehörigen-Gruppe den Staatsapparaten ein Dorn im Auge. Besonders jetzt, nachdem der letzte Hungerstreik der Gefangenen eine Mobilisierung draußen erreicht hat, die es politisch inopportun gemacht hat, ihre Forderungen und die Unterstützung dafür zu kriminalisieren, und wir ein Forum für die Gefangenen, das Angehörigen-Info, schaffen konnten. Darin veröffentlichen wir Berichte über die Haftbedingungen, Briefe, Informationen aus der Solidaritätsbewegung. Diese Entwicklung wollen die Sicherheitsapparate jetzt wieder zurückdrehen. Sie nehmen die Tatsache, daß wir den Brief von Helmut in unserem Info veröffentlicht haben, zum Anlaß, uns und das Info zu kriminalisieren, indem wir als „Umfeld" oder Unterstützer der RAF hingestellt werden. So wollen sie uns die Möglichkeit nehmen, Gegenöffentlichkeit zur Situation der Gefangenen zu schaffen, um ihr Vernichtungsprojekt ungestört fortführen zu können. Sie können uns aber nicht einschüchtern! Gemeinsam werden wir die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen durchzusetzen!



Angriffe gegen politische Gefangene

Die Angriffe gegen die politischen Gefangenen gehen nicht nur weiter, sondern nehmen offensichtlich an Schärfe noch zu. Wie bereits berichtet, wurde Brigitte Mohnhaupt nach Stammheim verlegt, wo sie seitdem einzelisoliert ist. Weiterhin wurde in Aichach auch Manuela Happe von Claudia Wannersdorfer getrennt, so daß sich beide nicht mehr sehen können, was insbesondere wegen Claudias Krankheit (Epilepsie) eine besondere Bedeutung hat. Desweiteren wurde Rolf Heißler inzwischen von Straubing nach Stadelheim zwangsverlegt, weil er angeblich „andere Gefangene zu Widersetzlichkeiten" aufwiegele. Am Beispiel der Zwangsverlegung von Rolf Heißler wollen wir hier einmal aufzeigen, wie sich derartiges abspielt. Rolf schreibt dazu: „direkt nach dem besuch hatte ich zu warten. aus der entfernung sah ich otto (Anm. d. Red.: Knastleiter) nach oben gehen, im schlepptau einige leute, stellte mich schon darauf ein, daß die mit mir reden wollen, doch ich nicht mit ihnen. stattdessen kamen zwei von der ‚sicherheit', drängten mich wieder in den besuchsraum und trugen zur heiterkeit bei: ‚Aus Sicherheitsgründen werden Sie verlegt. Sie stellen laufend überzogene Forderungen, u.a. 24 Stunden Aufschluß. Dadurch wiegeln Sie Mitgefangene auf. Gez. Otto.' ich könne stellung nehmen, was ich ablehne. nach dem gescheiterten ‚gewaltaktionen gegen bedienstete-'konstrukt jetzt diese lachhafte lappalie vorgeschoben, realität in lü und ce (Anm. d. Red.: Lübeck und Celle) wie im strafvollzug anderswo. darauf gegen 14.30 wurde ich mit auto ins spital gefahren, damit ich keinen gefangenen verständigen konnte, mit nichts außer den paar klamotten an mir + in eine sicherheitszelle gesteckt. um 16.00 uhr den üblichen krimskrams angefordert, um 16.30 kamen zwei von der ‚sicherheit' mit tabak und kaffee. es ging jetzt nach stadelheim. gegen 17.00 uhr ging es auf einem weiter weg gelegenen sportplatz in die luft, 2 piloten + 5 zivis, der eine verklemmte mir hände und handschellen auf dem rücken, zog sie so fest auf knochen, daß jede bewegung schmerzen verursachte. ein handballen ist noch immer taub. doch ich kam lebend an, schätze so gegen 18.00 uhr."

Die Verlegung von Rolf Heißler hat ihre Ursache in der Tatsache, daß Rolf von den Gefangenen in Straubing zu einem der Sprecher gewählt wurde und daß es, nachdem sie Rolf wieder in den Trakt gesteckt hatten, von den Gefangenen eine Unterschriftenaktion gegeben hatte mit der Forderung, Rolf wieder in den „normalen" Vollzug zurückzuverlegen. Hierfür hatten mehrere hundert Gefangene unterschrieben. Die Äußerung der Knastleitung in Stadelheim, wo Rolf inzwischen einzelisoliert ist, spricht für sich: Man werde ihm keine Gelegenheit mehr geben, „Agitation" zu betreiben.

Die vorzeitige Entlassung nach 2/3 der Strafe bei Claudia Wannersdorfer wie auch die Entlassung nach 15 Jahren bei Bernd Rössner wurden jeweils abgelehnt, weil sich die Gefangenen „nicht distanziert" hätten — kein Wort etwa zum Gesundheitszustand der Gefangenen, dazu, daß sie haftunfähig sind. Einzig die Gesinnung, ihre Identität ist es, daß sie nicht bereit sind, sich zu verkaufen.

Bei all diesen Vorgängen — wir haben in der Vergangenheit immer wieder darüber berichtet — handelt es sich keineswegs um Einzelfälle, vielmehr muß mensch dies im Zusammenhang betrachten. Jener Zusammenhang wird deutlich, wenn man sich Äußerungen wie etwa die von Wolfgang Zeitlmann (innenpolitischer Experte der CSU) vergegenwärtigt: „Um den terroristischen Sumpf engültig auszutrocknen, müssen die Kontakte zwischen einsitzenden Gewalttätern und ihren Gesinnungsgenossen außerhalb der Gefängnisse komplett überwacht werden — bis hin zur völligen Kontaktsperre." Das ist also, was dahintersteht: Die Gefangenen völlig von der Außenwelt abzuschneiden, ihnen die sozialen Kontakte unmöglich zu machen, innerhalb wie außerhalb der Knäste. Sie durch immer neue Konstrukte verantwortlich zu machen für das, was außerhalb geschieht, sie so zu Geiseln des Staates zu machen, über die die Verantwortlichen nach Belieben verfügen können. Wie weit diese Justiz und dieser Staat hierbei bereit sind zu gehen, hat sich — man erinnere sich — in der Vergangenheit bereits gezeigt. Gezeigt hat sich aber auch, daß sie so nicht durchkommen, auch dann nicht, wenn sie sich wie gegenwärtig etwa im Rahmen ihrer Beherrschungsstrategien, auf dem Höhepunkt ihrer Macht wähnen. So allmächtig sind sie nicht, daß sie tun und lassen können, was sie wollen, und sie werden es solange nicht sein, wie wir alle es nicht zulassen.

Die Angriffe auf die politischen Gefangenen müssen aufhören! Und wir fordern alle auf, hiergegen bei den Verantwortlichen zu protestieren, deutlich zu machen, daß wir derartiges nicht hinnehmen werden! Wir wollen mit allen, die sich hierzu Gedanken machen, die dies nicht kalt läßt, versuchen, diese Angriffe zu stoppen, und daran zu überlegen, wie die Forderungen der Gefangenen durchgesetzt werden können. Wer hierzu etwas sagen oder mehr wissen möchte, soll uns einfach einmal schreiben — weil wir zusammen die Zusammenlegung durchsetzen wollen und müssen!

Der Brief von Bärbel Perau bezieht sich auf das Flugblatt der Prozeßgruppe der drei Duisburger, das u.a. im letzten Angehörigen-Info abgedruckt worden ist (s. auch Int.110).

liebe

zu warte, ist das alles schwer. da denkt man, man versteht sich, denkt gleich, und bei dem, was dann praktisch rauskommt, stellt man fest, es ist nicht so.
weißt du, das geht nicht, und das will ich nicht mehr. nicht nach 4 jahren knast, daß wir uns von nem termin unter zeitdruck setzen lassen. es ist immer wieder die erfahrung, daß so nur scheiße bei rauskommt.
mit scheiße meine ich nicht das, was ihr euch überlegt habt, sondern daß ihr hingeht und es direkt veröffentlicht, ohne mit uns da vorher drüber zu reden.

dahinter steckt ein politikverständnis, das ich sehr gut kenne, das mir allerdings immer fremder wird.
und zwar ein "machen", eine bestimmung der praxis nach "plan". mechanisch, bürokratisch, ungenau. in dem erstmal alles so logisch erscheint. warum jetzt nicht fordern: wiederaufnahme auch für bärbel, norbert und thomas, warum nicht dasselbe, was die düsseldorfer jetzt machen, mit uns?

und wenn du wirklich mal ganz ehrlich bist, in DICH hineinhörst, dann merkst du auch: es ist schief. zuerst ein ungutes gefühl. sowas wie "nachäffen", und ich möchte für wetten, daß ihr eh voller unguter gefühle steckt: damals zu wenig gemacht zu haben, jetzt kommt thommi raus, ingrid ist raus, ...die duisburger wollen wir auch raus haben.
wo ihr dann soweit geht, zu uns, zu unserer geschichte nichts mehr zu sagen, sondern um die richtigkeit eurer meinung zu untermauern, daß arendt uns "zu unrecht" verknackt hat, führt ihr ingrid an, die ja auch von ihm verknackt wurde.

weißt du, das ist wirklich wichtig, mal genau an sich zu überlegen, was man eigentlich selber damit will. du verleugnest dich selber, dich und uns. kein selbstbewußtsein in der eigenen geschichte.

das ist auch eine kritik, die ich an den düsseldorfern draußen habe, wo das alles nicht auftaucht.
an eine prozeßgruppe DER duisburger, stelle ich die anforderung, daß wir die orientierung, die zielsetzung uns ZUSAMMEN erarbeiten. und nach meiner vorstellung kann eine arbeit zu uns nur in dem zusammenhang sein: schluß mit den wahnsinnigen konstrukten gegen den widerstand, schluß mit den terrorurteilen. luiti muß raus, und die anderen, also wir, bei denen das urteil schon vom bgh abgesegnet ist, auch!

warum mir der zusammenhang so wichtig ist? warum ich nicht extra zu uns duisburgern will?

dazu will ich was sagen:
mir hat jemand geschrieben, daß er sich das auch erstmal ranholen mußte dadrin, in der forderung "luiti muß raus", nichts getrenntes zu sehen, keine abspaltung zu den anderen gefangenen, zur forderung nach zl, sondern konkretes eingreifen/intervenieren. und von da aus den zusammenhang zu entwickeln.
das finde ich richtig. es ist richtig in der konkreten situation:
luiti muß raus!
jetzt könnt ihr aber nicht hingehen, uns schnappen und sagen: bärbel, norbert und thomas müssen auch raus.
das transportiert ohnmacht, hilflosigkeit und das denken: "die letzten beißen die hunde".
finster!
das hat mit direkter intervention, mit direktem eingreifen nichts mehr zu tun, sondern nur noch: "die eigene haut retten", "hier haben wir auch noch drei gefangene". es läuft auf eine "unschuldskampagne pur" hinaus, wo ich nur noch die "arme gefangene" bin, FÜR die ihr jetzt was macht.

die objektive seite ist die: wir, die gefangenen aus dem widerstand, werden mit einer härte bekämpft, die wir uns aus unserer subjektivität erklären (weil wir nunmal auch gekämpft haben) - die aber auch eine reaktion nicht nur auf uns speziell ist, sondern auf den ganzen abschnitt 85/86, auf das zusammenschieben der kämpfe..:auf den front-prozeß, dem "ersten gesicht davon" - wie rico es ausgedrückt hat.
und von diesem "ersten gesicht" waren wir teil, der kann nicht einfach mal wegfallen.

als reaktion darauf, und weil sie es nicht zu fassen gekriegt haben - ihr wahnsinniger hass auf uns. da wird es auch so irrational bei ihnen, wo sie wirklich alles von ihrem "rechtsstaatlichen mäntelchen" fallen lassen, wie jetzt bei der prozeßführung gegen luiti in stammheim.

intervention, direktes eingreifen können wir nur, wenn wir diesen zusammenhang begreifen, auf was sie da reagieren.
intervention, direktes eingreifen heißt: unsere wirklichkeit gegen sie zu stellen. das waren die zeugenaussagen von andrea/rico/chris, das sind aufrufe, die prozesse zu beobachten, sie nicht mehr im dunklen machen zu lassen.

jetzt könnt ihr doch nicht "mit uns" kommen. als konkretes ziel? als direktes intervenieren? es geht doch jetzt darum, wie wir diesem, UNSEREM ziel: luiti raus - näher kommen, was wir da jetzt noch weiterentwickeln können, um es wirklich durchzusetzen!
da jetzt mit "uns" zu kommen, völlig aus dem zusammenhang rausgerissen, ist eine spaltung, wirkt meinem ziel entgegen. so ist das nämlich.

und es geht um uns, um ein neues aufnehmen der situation. ein begreifen. was ist damals schief gelaufen? was müssen wir ändern? wo die ganzen diskussionen, die nach dem hs angefangen haben, drinstecken. denn im kern geht es um die frage: wie werden wir zu einer kraft? wie setzen wir ziele durch? die zusammenlegung wie unsere freilassung.

und wenn ich das dann höre: ja, da sind doch soviele "neue", die wollen es auch ganz konkret, eben zu uns, um das zu begreifen, wie mit konstrukten usw. die leute verknackt werden. da frag ich dich: für wie doof ihr die menschen eigentlich haltet. das wird ja wohl nicht so schwierig sein, die unterschiedlichen konstrukte zu begreifen. das ist mir auch total wichtig, das offen zu machen. als EIN teil! aber das, was mobilisiert, was sie mit uns zu tun haben, ist die politik und nicht die konstrukte. daran bewegt sich überhaupt nichts. sondern doch grad das, was wir mal als erstes dem apparat entgegensetzen: GEWOLLTE KOLLEKTIVITÄT.
dadrin ist euer aufruf zu uns ein schlag ins gesicht.

IN MEIN GESICHT!

dann zu dem: zu euch haben wir aber eine besondere nähe durch die vergangenheit, durch besuche usw.
und da frag ich dich, wie kaputt wir eigentlich schon sind, daß wir das natürlichste der welt, die natürlichsten gefühle, anfangen müssen zu analysieren und zu erklären. die eigenschaft, die wir uns in dieser wüste immer wieder erkämpfen, nicht nur den eigenen bauch zu sehen, sondern uns mit derselben kraft für ziele einzusetzen, die nicht unmittelbar und direkt meinen bauch betreffen, (mein rauskommen).

die älteren haben da noch ein ungestörtes verhältnis zu. ich denke an die angehörigengruppe, oder meinst du, die mütter haben nicht gerade zu ihren kindern ein besonderes verhältnis?
natürlich ist es mir wichtig, oder andersrum ärgert es mich, daß wir in den papieren/auf veranstaltungen zu dem prozeß gegen luiti nicht auftauchen. und politisch kann das nur der weg sein, dadran zu überlegen, wie wir das jetzt IM GANZEN zu fassen kriegen. über den prozeß gegen luiti hinaus, über diesen revisionstermin bei uns hinaus.

und dadran will ich mit dir/mit einer prozeßgruppe DER DREI DUISBURGER überlegen.

und dadran, wie wir das ziel: luiti raus, durchsetzen können. als konkrete mobilisierung in der stadt auch, im zusammenhang mit uns duisburgern.

PROZESSBEGINN GEGEN DIE BEIDEN IRISCHEN GEFANGENEN IN DER BRD

Zu den Fakten :

Nach zweijähriger Untersuchungshaft und zweimaligem Verschieben des Prozeßtermins beginnt der Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough am 16.8.90. Diesen führt der 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) in Düsseldorf.
Nach einigem hin und her stehen nun die Anklagepunkte fest :
bei beiden Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und Beteiligung an dem Angriff auf Einrichtungen der britischen

Nach der Verhaftung der beiden im August 88 hatte die Bundesanwaltschaft (BAW) gegen beide pauschal wegen sämtlicher IRA-Operationen auf dem europäischen Kontinent seit 87 ermittelt. D.h. sie haben ihnen u.a. Anschläge in Belgien und den Niederlanden vorgeworfen was zur Folge hatte,daß die Ermittlungen auf internationaler Ebene liefen.So zeichneten sie das Bild der internationalen Top-Terroristen. Ermittlungen zu den Anschlägen in Belgien und den Niederlanden wurden von den o.g. Behörden nicht zur Anklageerhebung übergeben.
Im Zuge des Eröffnungsverfahrens im März 90 hatte der 6. Strafsenat ursprünglich alle Anklagepunkte im

Rheinarmee in Duisburg und Beteiligung am Angriff auf die 'Joint Headquarters' der britischen Rheinarmee und Nato-Hauptquartier in Rheindahlen-Mönchengladbach bei Gerry McGeough.

Zusammenhang mit dem Angriff in Duisburg nicht zum Hauptverfahren zugelasssen.

Dadurch wäre das Anklagekartenhaus schon vor Prozeßbeginn drastisch zusammengefallen und hätte der BAW so erschwert,ihre politische Absicht im Prozeß durchzukriegen. Daher war es nur logisch,daß die BAW umgehend Einspruch gegen diese Entscheidung einlegte. Ihr ging - und geht - es schließlich darum,die zwei Genossen wegen militärischer Aktionen gegen die britische Rheinarmee auf dem Gebiet der BRD stellvertretend zu verurteilen. Damit sollen in zukünftigen Verfahren "antiterroristische" Rechtsnormen gegen nationale Befreiungsbewegungen - in diesem Fall die IRA - europaweit festgeschrieben werden.

Als Ergebnis der Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitskräfte sind die sog. "schwedischen Papiere" (angebliche Teile des Asylantrags von Gerry McGeough von 84 in Schweden) Bestandteil der Anklage. Unter Mißachtung der Vertraulichkeit von Asylpapieren wurden diese von den schwedischen Behörden im Januar 89 an die belgischen und von dort an die britischen,bundesdeutschen und niederländischen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Für Gerry Hanratty besteht die Gefahr einer Auslieferung seit die Briten im Feb. 89 ein Gesuch gestellt haben,das mit einer sehr wackligen Begebenheit von 84 begründet ist. Dieser Antrag ist vom OLG München bis jetzt nicht entschieden worden. So lassen sie sich die Möglichkeit offen Gerry Hanratty im Falle einer geringen Haftstrafe hier,in Britannien nochmals und heftiger zu verurteilen.

Auch wenn die beiden Gerry´s nicht nach § 129 a angeklagt sind, ist unserer Einschätzung nach die Hauptfunktion des Prozesses die gerichtliche Festschreibung der IRA als "terroristisch". Diese Festschreibung würde die weitere Kriminalisierung des irischen Befreiungskampfes und aller damit solidarischen Menschen hier in der BRD vereinfachen.

Die Absicht der BRD mit dem Prozeß gegen die beiden Gerrys-wie auch mit dem gegen die KurdInnen-ist ein weiterer Schritt hin zur Vereinheitlichung der Repression im "europäischen Rechtsraum" zu kommen. Ein politischer Konflikt, der nationale Befreiungskampf in Irland, soll hier in die Rechtsnormen des Strafgesetzbuches gepreßt und seines politischen Inhalts beraubt werden.

Um zu verhindern, daß die Klassenjustiz in diesem Prozeß die Kriminalisierung des irischen Befreiungskampfes durchsetzt, ist der Druck der Öffentlichkeit, also von uns allen, notwendig. Dies ist auch die einzige Möglichkeit, daß sie den Prozsß nicht klammheimlich durchziehen können.

Wir wollen und werden über die Hintergründe und den Verlauf dieses Prozesses informieren, ebenso wie wir die Situation des irischen Befreiungskampfes darstellen werden.

Wir wollen den beiden Gerry`s zeigen, daß sie nicht allein stehen und hier viele Menschen mit ihnen solidarisch sind.

- KOMMT MASSENHAFT ZUM ERSTEN PROZEßTAG
- INFORMIERT EUCH ÜBER DEN VERLAUF DES PROZESSES
- ORGANISIERT REGELMÄßIGE PROZEßBESUCHE
- UNTERSTÜTZT DIE BEIDEN IM KAMPF GEGEN KRIMINALISIERUNG

DER PROZEß BEGINNT AM 16.8. DIESEN JAHRES UM 9.00 UHR IM BUNKER IN DER DÜSSELDORFER TANNENSTRAßE.

JEWEILS AN DEN PROZEßTAGEN IST IM REDHOUSE IN DER KIEFERNSTRAßE 35 A DAS PROZEßCAFE VON 18.00 BIS 20.00 UHR GEÖFFNET !

Die Fortsetzungstermine finden statt am:
Freitag, 17.8. 9.00 Uhr
Donnerstag, 23.8. 9.30 Uhr
Freitag 24.8. 9.00 Uhr
Donnerstag 30.8. 9.30 Uhr
Freitag 31.8. 9.00 Uhr
Donnerstag 6.9. 9.30 Uhr
Freitag 7.9. 9.00 Uhr
Montag 10.9. 9.30 Uhr
Donnerstag 20.9. 9.30 Uhr
Freitag 21.9 9.00 Uhr
Donnerstag 27.9. 9.30 Uhr
Freitag 28.9. 9.00 Uhr
Donnerstag 4.10 9.30 Uhr
Freitag 5.10 9.00 Uhr
Montag 15.10. 14.00 Uhr
Donnerstag 18.10. 9.30 Uhr
Freitag 19.10 9.00 Uhr

Die Termine danach stehen noch nicht fest.

Katja Leyrer
Fettstr. 22
2000 Hamburg 36

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe BuchhändlerInnen und Menschen, mit denen ich in den letzten Jahren zusammen gearbeitet habe.

Dieser Brief ist leider standardisiert und ich wünsche mir sehr, daß er trotzdem gelesen wird. Ich würde lieber persönliche Briefe schreiben, aber ich gehe davon aus, daß es vielen von Euch in diesen **Zeiten, wo ein Gespräch über Bäume schon ein Verbrechen ist, weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt ***, genauso geht wie mir.

Ich schreibe Euch heute, um für unser Zeitungsprojekt **clockwork 129a** zu werben und Unterstützung zu erhalten. Die meisten von Euch werden sich erinnern, daß ich im Zusammenhang mit dem unerhörten Prozeß gegen Ingrid Strobl im ersten Halbjahr 1989 die damalige Zeitung zur Prozeßbeobachtung dieses 129 a-Verfahrens mit herausgegeben habe.

Ich habe mich nun, zusammen mit einigen anderen Frauen und Männern, entschieden, diese Zeitung **gegen den Paragraphen 129 a** weiter (und unbezahlt) zu produzieren und ich gehe davon aus, daß Ihr diese Entscheidung richtig findet. Ich bin davon überzeugt, daß es viele Menschen im Land gibt, die sich gerade auch im DM-Deutschland-Jahr 1990 nicht damit abfinden wollen und können, daß über Untaten geschwiegen wird. Zu diesen Menschen zähle ich Euch.

Ich bitte Euch ganz herzlich, inmitten all der Arbeit und dem politischen und Alltagsstreß, den wir alle haben, einen kleinen Beitrag zu leisten, um die kritische und widerständige Gegenöffentlichkeit zu den derzeit laufenden und auf uns zukommenden 129 a-Prozessen zu unterstützen. Ein Mittel dazu soll die Zeitung **clockwork 129 a** sein. Es ist leider so, daß in der nun auch "zusammenwachsenden" Presse des Landes die unglaublichsten juristischen Verrenkungen und politischen Verfolgungen im Zusammenhang mit dem § 129 a kaum noch Beachtung finden.
Dem wollen wir vorerst monatlich etwas entgegensetzen.

Die Zeitung **clockwork 129 a** soll im nächsten halben Jahr zunächst einmal monatlich erscheinen und wird über die anstehenden Verfahren berichten (z.B. das Fortsetzungsverfahren nach der Revision gegen Ingrid Strobl, das Düsseldorfer Verfahren gegen eine kurdische Organisation, das Verfahren gegen Luitgard Hornstein in Stuttgart -Stammheim), außerdem über die Situation in den Gefängnissen, aber auch eventuell neu anstehende Prozesse. Wir arbeiten mit den Prozeßgruppen und Angehörigen der Verfolgten und den Gefangenen selbst, soweit das geht, zusammen. Wir verstehen uns nicht als "Zentralorgan", sondern als berichtende und infor-

mierende Zeitung ohne Anspruch auf Widerspruchslosigkeiten.

Die clockwork 129a wird pro Exemplar 50 Pfennig kosten und einen Umfang von ca. 6-8 Seiten haben. Die Redaktion (gleichzeitig Vertrieb und Satz) besteht aus Gabi Bauer, Hamburg, Florian Schmalz, Hamburg, Mathias Meyers, Mainz und mir.

Wir brauchen AbonentInnen, VorfinanziererInnen, SpenderInnen und UnterstützerInnen....

Deshalb nun die Bürokratie, damit wir unsere realistischen Chancen abwägen können (bitte so schnell es geht, zurückschicken. Stichtag ist für uns der 10. August 1990).

Herzliche Grüße

Katja Leyrer

....

Rückantwort an Katja Leyrer. Fettstr. 22, 2000 hamburg 36

Ich bestelle pro Monat . Exemplare der **clockwork 129a** (bitte keine Bestellungen unter 10 Exemplaren, das kostet uns Porto und Zeit- und Euch nur 5,--DM im Monat. Ihr könnt die Zeitungen ja weiterverschenken).

Ich finanziere meine Bestellung vor in Höhe von DM .... (wird mit Zeitungen verrechnet).

Ich spende DM .... für das zeitungsprojekt .
(Kontonummer 191708-207, Gabi Bauer, Sonderkonto E beim Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20).

Ich kann Beiträge oder Fotos zur verfügung stellen.

Ich/wir möchten im MitherausgeberInnenkreis genannt werden.

Andere Vorschläge:

Absender (bitte deutlich schreiben)

PRESSEMITTEILUNG

§129a-Verfahren gegen Hamburger Antifas eingestellt – die politische „Straf"-Verfolgung geht weiter!

Im Januar 1989 wurden offiziell die Ermittlungen gegen den militanten Antifaschismus aufgenommen. Mit den Hausdurchsuchungen in Hamburg am 15. 6. 89 wurden die §129a-Ermittlungen gegen 4 Personen konkretisiert.
Die Bundesanwaltschaft (BAW) hat jetzt, Ende Juli 1990, die §129a-Akten an das Landgericht Hamburg abgegeben, weil „sich der Anfangsverdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nicht bestätigt hat."
Das bedeutet, daß die BAW zur Zeit keine sogenannte terroristische Vereinigung konstruieren will, der sie verschiedene militiante Aktionen seit 1983 zuordnen kann.
Die Ermittlungen wegen „Beteiligung an Brandanschlägen und anderen Straftaten" werden von Hamburg aus fortgeführt, d. h. die Kriminalisierung geht weiter.
Eine genaue politische Einschätzung der Einstellung der §129a-Ermittlungen wird die Antifa-Prozeßgruppe Hamburg demnächst veröffentlichen

19. 7. 1990, Antifa-Prozeßgruppe Hamburg

GEGENDARSTELLUNG ZUR 2. PRESSEKONFERENZ AM
30.07. 1990
IN DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT T E G E L
• URSPRÜNGLICH NUR FÜR DIE TA III GEDACHT •

DIE AUTONOME SELBSTHILFEGRUPPE INFORMIERT



Die autonome Selbsthilfegruppe der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel informiert:

Die von Staatssekretär SCHOMBURG zugesagte und dann am 30.07. 1990 stattgefundene Pressekonferenz wurde wegen zwei Gefangenen, die am 15. Juli 1990 auf das Dach der Teilanstalt III der JVA Tegel geklettert waren, um für einen humaneren Strafvollzug zu demonstrieren, abgehalten.

Beschlossen war, die Insassenvertretungen der anderen Teilanstalten von dieser Pressekonferenz auszuschließen, da es nur um die Teilanstalt III ging. Am 29.07.1990, dem Vorabend der 2. Pressekonferenz, hatte der Insassenvertreter .... aus der Teilanstalt IIIe dies dem Insassenvertreter ..... aus der Teilanstalt VI gegenüber mit Nachdruck zum Ausdruck gebracht und darauf bestanden, daß die Gesamtinsassenvertreter von den anderen Teilanstalten sich der Pressekonferenz fernhalten sollten.

Wie vorauszusehen war, wurde die autonome Selbsthilfegruppe von der Pressekonferenz ausgeschlossen. Die Gesamtinsassenvertretung hingegen hatte über den Kopf aller Gefangenen hinweg anlässlich ihrer Konferenz am 29.07.1990 ihre Teilnahme an der Pressekonferenz beschlossen und dann auch erzwungen. Dabei waren nicht von ihr, sondern einzig und allein von der autonomen Selbsthilfegruppe die Bemühungen um Verbesserung der jetzigen Häftbedingungen ausgegangen, und war es diese unsere Gruppe, welche hier die entsprechenden Signale gesetzt hatte.

Als die Gefangenen den Pressekonferenzsaal betreten hatten, mußten sie mit Bedauern feststellen, daß dort die unerwünschten Insassenvertretungen der verschiedenen Häuser anwesend waren. Diese führten einzig und allein das Wort. Die Gefangenen sahen sich außerstande, ihre Forderungen auf Verbesserung der

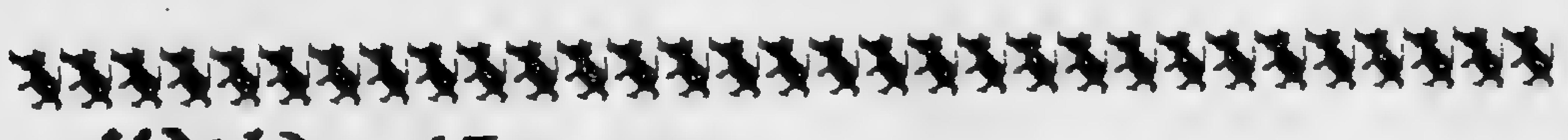
Haftbedingungen in den Teilanstalten II und III durchzusetzen, da der Sprecher der Gesamtinsassenvertretung . . . . andere Probleme vorbrachte und zur Diskussion stellte. Er unterbrach laufend die Gefangenen der Teilanstalt III, denen es dadurch unmöglich gemacht wurde, sich Gehör zu verschaffen.

Seitens der Gesamtinsassenvertretung zeigte man überhaupt kein Interesse an den berechtigten Forderungen der Gefangenen, diesem immer unmenschlicher werdenden Strafvollzug hier in Tegel ein Ende zu setzen.
Die Gefangenen der Teilanstalten II und III versuchten aber auch die ungleichen Vollzugsbedingungen gegenüber den anderen Teilanstal anzuprangern und in diesem Zusammenhang darzulegen, daß es in ihren Anstalten im Gegensatz zu allen anderen Tegeler Teilanstalten keine Steckdosen - weshalb sich Gefangene von ihrem jämmerlichen Taschengeld in Höhe von DM 40,-- monatlich davon noch Batterien kaufen müßten für ihre Transistorgeräte -, kein fließend warmes Wasser, keine Kraftsporträume und keine Meetings gäbe und sie sich zum Besuch auch keinen Kuchen und kein Eis kommen lassen könnten; sie versuchten ferner darauf hinzuweisen, daß Gefangene hier in Tegel einsitzen, die keinen Vollzugsplan erstellt bekamen, daß es Gefangene hier gäbe, die nach einer 11-, 12 oder 13 jährigen Strafverbüßung kurz vor ihrer Haftentlassung stünden, ohne Entlassungsurlaub, geschweige denn zuvor Ausgang oder Sozialurlaub bekommen zu haben; sie versuchten vorzubringen und zur Diskussion zu stellen, daß vor allen Dingen in der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel die Gefangenen ihre Strafe bis zum letzten Tag verbüßen müssten, weil der TAL III stets negative Prognosen und sonstige Beurteilungen über sie abgäbe, woraufhin die Strafvollstreckungskammer eine vorzeitige bedingte Entlassung ablehne und noch nicht einmal dazu bereit sei, Entlassungsurlaub den Gefangenen zu gewähren - mit der fadenscheinigen Begründung, sie bekämen heutzutage als Strafgefangene draußen ohnehin keine Wohnung und Arbeit, so daß es sinnlos sei, ihnen zur Vorbereitung ihrer Entlassung aus der Haft Urlaub zu geben; und sie versuchten ferner zur Sprache zu bringen, daß in den anderen Teilanstalten in der JVA Tegel Fernsehgeräte und auch andere Geräte erlaubt seien, jedoch in den Häusern II und III hier in der Tegeler Haftanstalt außer ganz wenigen Ausnahmen deren Betriebnahme in den Einzelhafträumen nicht genehmigt würde.

Immer wieder, wenn die Gefangenen dies sowie den Umstand vorzubringen versuchten, daß Willkür und Repressalien, denen die Gefangenen sich ausgesetzt sähen, zunähmen, wurden sie vom Sprecher der Gesamtinsassenvertretung . . . . übertönt, der dagegen forderte, daß die ganze Besuchsregelungsvorschrift dahingehend verschärft werden sollte, daß Anwalts- und Vollzugshelferbesuche in die Zahl der monatlich zulässigen Besuche einbezogen werden.

Am 30. Juli 1990 berichteten SAT I und die Berliner Abendschau ausführlich davon und am folgenden Tag, dem 31. Juli 1990 las man in allen Berliner Tageszeitungen von den Forderungen des Gesamtinsassenvertreters . . . . , der u.a. auch die Berliner Medien informierte, daß die Heroinschwemme in der Justizvollzugsanstalt Tegel über die Teilanstalt IV, die S O T A käme, was zur Folge hatte, daß seitdem die an den meetings beteiligten Personen in allen Teilanstalten nach jeweiliger Besuchsbeendigung schärfster Kontrolle unterzogen würden.

Die 2. Pressekonferenz hat deutlich gezeigt, wie die Gesamtinsassenvertretung g e g e n die Interessen der Gefangenen arbeitet.



Wir bitten daher alle Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Tegel einschließlich aller anderen Gefangenen im Berliner Knastbereich ihre Meinung zu diesem hier geschilderten Vorfall zu äußern.
Eure Stellungnahme in der Sache wird erbeten an:

DIE REDAKTION DES 'DURCHBLICK'
Gneisenaustrasse 2a
1000 Berlin - 61

oder an

DIE REDAKTION DES 'INTERIM'
Gneisenaustrasse 2a
1000 Berlin - 61

oder an den

VERLAG 'SCHWARZE SEELE'
Falkensteinstraße 46
1000 Berlin - 36

oder an

RADIO 100 - WELT AM DRAHT -
Potsdamer Straße 136
1000 Berlin - 30.

WIR VON DER AUTONOMEN SELBSTHILFEGRUPPE DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT TEGEL FORDERN ALLE GEFANGENEN IN DEN TEGELER TEILANSTALTEN AUF,

D I E   J E T Z I G E   G E S A M T I N S A S S E N V E R T R E T U N G

A B Z U W Ä H L E N .

DIE AUTONOME SELBSTHILFEGRUPPE
DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT TEGEL

VOLXSPORT VOLXSPORT



PS: so schön layouted haben wirs natürlich nur für die lesben & anderen frauen, die die interim lesen!!!

ie folgende Buchbesprechung ist aus der Zeitung "Amerika Gegeninformationspresse"

ASSATA

Eine Autobiographie aus dem schwarzen Widerstand in den USA
von Assata Shakur



Eine Rezension von Mumia Abu-Jamal

Amerika wird überschwemmt von Büchern, die die 60er Jahre zum Thema haben. Inzwischen gibt es von mittlerweile ergrauenden Intellektuellen zusammengestellte dicke Wälzer über den SDS (Students for a Democratic Society), die Port Huron Erklärung (mit der der SDS zu mehr Militanz und Aktionen gegen den Völkermord in Vietnam aufrief, Anm. d. Übers.), über Demos gegen den Vietnamkrieg und andere Aspekte dieser Zeit.

Und das ist gut so.

Doch alle diese Veröffentlichungen weisen erstaunlicherweise einen blinden Fleck auf: Das Leben der Schwarzen in den Sechzigern kommt darin nicht vor.

Das ist jetzt anders.

ASSATA ist weit mehr als die Rückschau auf das Leben einer bemerkenswerten Rebellin. Dieses Buch fängt die Zeit und die Atmosphäre des schwarzen Aufstands ein, der Amerika in seinen Grundfesten erschüttert hat, und man spürt die Aufrichtigkeit und Offenheit, mit der das geschicht.

Assata hat viele Gesichter.

Natürlich gibt es die militante Kämpferin der Black Liberation Army, zornig, mit funkelndem Blick, wie sie von Millionen Zeitungen, Radiosendern und auf den FBI Fahndungsplakaten präsentiert wurde.

Doch es gibt auch das schokoladenbraune Mädchen vom Lande, das Elvis-Presley-Anstecker trug, die freche Göre, die auf den Straßen von Harlem herumstrolchte, und die naive, noch halb kindliche junge Frau, die heute angesichts ihrer Antwort auf die Frage nach der us-amerikanischen Einmischung in Vietnam vor Verlegenheit rot würde, wenn ihre Haut nur heller wäre ("Es geht um den Kampf für die Demokratie", so plapperte sie 1964 die offizielle Propaganda nach).

Der Name Assata bedeutet soviel wie "Die, die kämpft", und das Buch fängt ein Stück von diesem - und unser aller - Kampf ein, von seinem Wachsen, seinem Werden, seinem Sein. Assata läßt uns an diesem Kampf teilhaben, mit Freude und Aufrichtigkeit, mit Schmerz und Entsetzen, und bereichert uns auf diese Weise alle.

Um ihre Verhaftung und versuchte Ermordung auf der Autobahn von New Jersey zu schildern, reicht es aus, die Frage eines Cops zu zitieren. Er schlenderte zu der schwerverletzten Assata, die blutend und teilweise gelähmt auf der Straße lag und durch innere Verletzungen an ihrem eigenen Blut zu ersticken drohte, und erkundigte sich: *"Ist sie schon hinüber?"*

Zum Kummer der Polizei starb die kleine, zähe Revolutionärin aber nicht. Sie lag stundenlang am Straßenrand auf dem Asphalt. Doch sie starb nicht.

Angesichts einer lebenden, blutenden, noch immer rebellischen Assata Shakur versuchten die Polizisten es mit dem für New Jersey typischen Bullenterror:

Wieder wird die Bahre angeschoben. Wo zum Teufel wollen die mit mir? Das Licht verändert sich, ich kann den Unterschied sogar mit geschlossenen Augen wahrnehmen. Es scheint, als läge ich im Dunkeln. Ich halte es nicht länger aus, ich muß die Augen öffnen. Das Zimmer ist dunkel, irgendwo brennt aber auch Licht. Langsam gewöhne ich mich dran. Da liegt etwas neben mir. Ich kann die Umrisse ausmachen. Etwas in einer Plastikhülle. Etwas - ganz langsam erkenne ich, daß es ein Mann in einem Plastiksack ist. Und daß dieser Mann Zayd ist. Mein Körper verkrampft sich. Die Gedanken wirbeln durcheinander.

Assatas Genosse Zayd Malik Shakur war ein Militanter der *Black Liberation Army* und einstmals stellvertretender Minister of Information der New Yorker Sektion der *Black Panther Party*. Er war von den Cops erschossen worden, die das Auto angeblich wegen einer Verkehrswidrigkeit angehalten hatten.(...)

Am 4. Juli 1973 richtete Assata eine mutige, offensive und revolutionäre Radioansprache an ihre UnterstützerInnen. Zum einen vermittelte sie darin Fakten, zum anderen entlarvte sie das System:

"Sie nennen uns Diebe und Banditen. Wir würden stehlen, behaupten sie. Aber nicht wir raubten Millionen Menschen vom afrikanischen Kontinent."

Schwarze Brüder, schwarze Schwestern! Ich möchte Euch wissen lassen, daß ich Euch liebe und daß ich hoffe, auch Ihr empfindet irgendwo in Eur'n Herzen Liebe zu mir. Mein Name ist Assata Shakur (Sklavenname JoAnne Chesimard), und ich bin Revolutionärin, schwarze Revolutionärin. Das heißt für mich, daß ich all denen, die unsere Frauen vergewaltigen, unsere Männer kastrieren und unsere Kinder hungern lassen, den Krieg erklärt habe. (...) Als schwarze Revolutionärin bin ich Zielscheibe für all den Zorn, den Haß und die Verleumdungen, zu denen Amerika fähig ist. Amerika wird versuchen, mich zu lynchen - genau wie alle anderen schwarzen Revolutionäre auch.

Der schlimmste Mörder, Kidnapper und Verbrecher der Menschheitsgeschichte ist "Amerika", so erklärt Assata.

Sie nennen uns Kidnapper. Aber nicht wir haben tausende von schwarzen Brüdern und Schwestern entführt, die in den amerikanischen Konzentrationslagern festgehalten werden. 90% aller Gefängnisinsassinnen und -insassen in diesem Land sind Schwarze und Menschen aus der Dritten Welt, die sich weder Anwälte leisten noch eine Kaution stellen können. Sie nennen uns Diebe und Banditen. Wir würden stehlen, behaupten sie. Aber nicht wir raubten Millionen Menschen vom afrikanischen Kontinent. Wir sind unserer Sprache beraubt worden, unserer Göttinnen und Götter, unserer Kultur, unserer Menschenwürde, unserer Arbeitskraft und schließlich auch unseres Lebens. (...) Sie nennen uns Diebe, aber nicht wir haben Millionen Indianer ermordet und ihnen ihr Land, ihre Heimat entrissen, um uns dann als Pioniere zu bezeichnen. Uns nennen sie Banditen, aber nicht wir rauben die Rohstoffe aus Afrika, Asien und Lateinamerika, nicht wir nahmen diesen Kontinenten die Freiheit und ließen die Menschen dort krank und hungernd zurück. Die Herrschenden in diesem Land haben einige der brutalsten und gemeinsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit begangen. Sie sind die Banditen. Sie sind die Mörder. Und so sollten sie auch behandelt werden. (...) Es ist unsere Pflicht, für unsere Freiheit zu kämpfen. Es ist unsere Pflicht zu siegen.

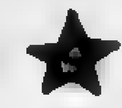
Daß Assata das angeblich durch die Verfassung garantierte Recht der freien Rede wahrnahm (indem sie obige Erklärung der Öffentlichkeit zugänglich machte), hatte einen Wutausbruch des Staatsanwalts und des Gerichts zur Folge, das auch prompt anordnete, Assatas Anwältin dürfe mit sofortiger Wirkung bei den Gesprächen mit ihrer Mandantin kein Kassettengerät mehr benutzen.

Das, was Assata von anderen unterscheidet, ist ihre unbeugsame Willenskraft und ihre ungewöhnliche Persönlichkeit. Trotz des Polizeianschlags vom 2. Mai 1973 auf ihr Leben, trotz der Ermordung ihres Genossen und Ratgebers Zayd, trotz des nachfolgenden Prozesses gegen sie, trotz der Schläge und Brutalitäten, trotz des tiefsitzenden, bohrenden Schmerzes, der ihr durch die Trennung von ihrem Baby, ihrer eben geborenen Tochter zugefügt wurde, trotz der Einzelisolation in einem Männergefängnis, trotz alledem - sie blieb eine schwarze Rebellin und Staatsfeindin.

Die ergreifendste Szene in ASSATA ist nicht etwa die, in der es um ihre schließliche Befreiung aus den amerikanischen Gefängnissen und ihre Flucht aus dem großen Knast Amerika geht (Assata wurde von GenossInnen aus dem Gefängnis befreit und lebt heute auf Kuba). Eine der Stellen im Buch, die einem am meisten unter die Haut gehen, ist die Beschreibung des Zusammentreffens von Assata und einer ebenso bemerkenswerten puertoricanischen Revolutionärin.(...)

Lolita Lebrón, die zu einem Kommando puertoricanischer UnabhängigkeitskämpferInnen gehörte, das in den 50er Jahren einen Angriff auf den Kongreß durchgeführt hatte und die seit mehr als einem Vierteljahrhundert in Staatsgefängnissen begraben war, verdient Bewunderung und tiefen Respekt. Ihr Zusammentreffen mit Assata ist wahrhaftig eine Begegnung zwischen zwei bemerkenswerten Frauen gewesen - auch wenn es unter den Bedingungen von Gefangenschaft stattfand. Lolita Lebrón ist heute frei. Sie ist immer frei gewesen. Und auch Assata ist frei, und das bereichert die Völker der Welt.

ASSATA, das ist eine Geschichte von überwundenem Elend, von bezwungenem Unglück. Und das beste daran ist, daß diese Geschichte wahr ist. Dieses Buch sollte nicht einfach gelesen, es sollte in vollen Zügen genossen werden.



Interview mit Assata Shakur

Interviewerin: Karen Wald, frühere Mitarbeiterin des New Yorker Liberation News Service, die seit vielen Jahren auf Kuba lebt

Das Interview erschien in der linken Wochenzeitung *the Guardian* vom 10. Februar 1988, wenige Monate, nachdem durch eine New Yorker Zeitung bekannt geworden war, daß Assata Shakur schon seit 1984 auf Kuba lebte und dort politisches Asyl erhalten hatte.

Nach sechs Jahren Haft - die meiste Zeit isoliert in Männergefängnissen - war Assata am 2. November 1979 von der *Black Liberation Army* aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Clinton, New Jersey, befreit und in Sicherheit gebracht worden. Drei Tage später, am 5. November, fand in New York eine große Demonstration der *National Human Rights Coalition* statt. Den über 5000 Versammelten, die sich vor dem Gebäude der Vereinten Nationen eingefunden hatten, um Menschenrechte und Selbstbestimmung für die schwarze Nation in den USA zu fordern, wurde unter großem Jubel von der erfolgreichen Befreiung berichtet und anschließend per Tonband eine Botschaft von Assata übermittelt.

Dieser Botschaft folgten in den Jahren danach noch weitere "von irgendwoher auf der Welt". Diejenigen in der schwarzen Community, die nicht mehr der Illusion der "Integration" in die Gesellschaft des weißen Amerika nachhängen, ließen seit 1979 durch Wandparolen und Plakate mit dem Inhalt *ASSATA IS WELCOME HERE* keinen Zweifel daran, daß Assata jederzeit und überall Unterstützung und Zuflucht finden konnte.

F: Wie wurdest du eine politische Aktivistin?

A: Ich wurde 1947 in New York geboren. Die ersten Jahre meiner Kindheit verbrachte ich im rassengetrennten Süden, in Wilmington, North Carolina. Anschließend kehrte ich nach New York zurück, wo ich die Schule besuchte, die ich dann wieder verließ um zu arbeiten. Später kehrte ich ans College zurück und wurde dort im schwarzen Befreiungskampf aktiv. Das Manhattan Community College (MCC) war wirklich ein Zentrum politischer Aktivität. Durch die Teilnahme an verschiedenen Kämpfen wurde ich politisiert und durch die Anwesenheit am College war ich auch mit einer Menge revolutionärer politischer Ideologie und Literatur konfrontiert. Hier begann ich auch wirklich erst die Geschichte, Literatur und Kunst der Schwarzen zu entdekken. Es war so, als hätte sich eine völlig neue Welt für mich aufgetan. Durch die Teilnahme an der Bewegung gegen den Vietnamkrieg und an verschiedenen lokalen Kämpfen gegen Rassismus und dafür, daß wir Schwarzen selber die Kontrolle über unsere Communities ausüben, hatte ich die Möglichkeit, die erlernte Theorie mit der Praxis zusammenzubringen.

F: Warum wurdest du Mitglied der Black Panthers?

A: Weil ich dachte, daß das zu dieser Zeit das Richtige war. Selbst als ich einige Probleme mit dem Arbeitsstil der Partei bekam, gab es viele gute Sachen, die mich an der BPP reizten: die Militanz der Partei, ihre antiimperialistische Haltung und die Tatsache, daß die Black Panthers eine revolutionäre schwarze Organisation waren, die sich tatkräftig für sozialistische und revolutionäre Veränderungen einsetzte. Die Tatsache, daß die Partei Angriffen ausgesetzt war, gab mir zusätzlich das Gefühl, meine Mitwirkung würde immer wichtiger.

Alle, die sich in diesem Land aufrichtig der Befreiung der Armen und Schwarzen widmen, geraten sofort in die Schußlinie. Ich denke, wir verstanden die Wirklichkeit damals schon, aber wir waren noch sowas wie unschuldig. Wir begriffen noch nicht, wie weit die Regierung gehen würde, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die schwarze Befreiungsbewegung stellte eine Bedrohung für die Herrschaftsstruktur dar, und deswegen machte sich die Regierung daran, sie zu zerschmettern.

Obwohl wir wußten, daß einiges in diesen Tagen ernsthaft falsch lief, war niemand von uns wirklich in der Lage, die Probleme aufzuzeigen. Selbst als wir beispielsweise wußten, daß die Black Panthers unterwandert wurden, konnte niemand ahnen, daß das FBI einen totalen Krieg gegen die Black Panthers führen würde. Einen Krieg, der Kampagnen mit gefälschten Briefen zur Spaltung und Unterminierung ebenso einschließen würde wie Verhaftungen unter falscher Anschuldigung und den offenen Mord an Parteimitgliedern. Niemand konnte wissen, daß das FBI ein sorgfältig abgestimmtes Programm hatte, um das Emporkommen eines "schwarzen Messias" zu verhindern, um militante schwarze Führer und Organisationen in Verruf zu bringen und um jede Art von Einigkeit in der schwarzen Community zu verunmöglichen.

F: Du beziehst dich auf das Counter Intelligence Program COINTELPRO) des FBI, das die Black Panthers in den späten 60ern ins Visier nahm?

A: Ja, richtig. Aber ich will hier nicht den Eindruck vermitteln, als sei das COINTELPRO tot und begraben. Die Reagan Administration steht der schwarzen Befreiungsbewegung noch viel feindlicher gegenüber als es Nixon in den 60ern tat. Die Fähigkeit der heutigen Regierung zur Repression ist noch viel größer, als sie es damals war. Wenn du dir das Oliver North Szenario anschaust, also die Tatsache einer Regierung innerhalb der Regierung und einer CIA innerhalb der CIA, mit Eventualitätsplänen, "im Falle innerer Unruhen" 21 Millionen Leute einzusperren, dann macht einem diese Vorstellung richtige Angst.

Die Frage der Existenz politischer Gefangener in den USA ist immer noch eine sehr wichtige Sache. Die Regierung, entschlossen jede Art von Widerstand zu zerschlagen, geht gerade gegen politische AktivistInnen vor, die seit Jahren in der schwarzen Community gearbeitet haben. Ein perfektes Beispiel für die andauernde Verfolgung schwarzer AktivistInnen und ihrer UnterstützerInnen durch die Regierung ist der Fall von Mutulu Shakur und Marilyn Buck, die gegenwärtig in New York vor Gericht stehen. (1)

"Bereits 1964 oder 1965 hatte Malcolm X gesehen, daß die Schwarzen ihren Kampf in einen internationalen Zusammenhang stellen müssen. In den 70er Jahren sahen aber viele von uns im US-Imperialismus noch nicht eine internationale Form der Unterdrückung, die nur durch eine internationale Strategie besiegt werden könnte"

F: Was sind das für Lektionen, die du in den Gerichtssälen und im Gefängnis gelernt hast?

A: Eines der Schlüsselwörter muß hier *Vorbereitung* sein. Das Ausmaß der Aktivitäten war in den späten 60er und frühen 70er Jahren so intensiv, daß wir kaum Zeit fanden, Dinge, mit denen wir konfrontiert waren, aufzuarbeiten und zu verinnerlichen. In vielen Fällen fehlte es uns an politischer Reife, die uns in die Lage versetzt hätte, viel wirksamer mit der Repression umzugehen, der wir ausgesetzt waren. Die Situation der Unterdrückten in den USA ist eine der schwierigsten der Welt, und mehr als anderswo müssen wir uns organisieren und ideologisch wappnen, um intelligent kämpfen zu können.

Während der 70er Jahre waren viele Aktivitäten der Bewegung auf die politischen Gefangenen gerichtet, aber oft scheiterten wir daran, das, was mit den politischen Gefangenen in den USA passierte, in Zusammenhang zu bringen mit dem, sagen wir mal, was politischen Gefangenen in Südafrika, Chile oder El Salvador widerfuhr. Bereits 1964 oder 1965 hatte Malcolm X gesehen, daß die Schwarzen ihren Kampf in einen internationalen Zusammenhang stellen müssen. In den 70er Jahren sahen aber viele von uns im US-Imperialismus noch nicht eine internationale Form der Unterdrükkung, die nur durch eine internationale Strategie besiegt werden könnte.

F: Was ist deine Meinung zur Schwarzenbewegung in den USA heute?

A: Obwohl es nicht sehr viele Aktivitäten gibt, glaube ich, daß der Bewußtseinsstand innerhalb der Bewegung heute viel höher ist als vor 10 oder 20 Jahren. Im allgemeinen sind die Schwarzen heute politisch viel erfahrener. Sie sehen die Zusammenhänge zwischen Howard Beach und Soweto (2), zwischen der Politik der Reagan Regierung in Angola und Alabama. Die Tatsache, daß viele Schwarze 1984 in den Vorwahlen für Jesse Jackson stimmten, obwohl sie wußten, daß er nicht die geringste Siegeschance hatte, ist ein Indiz dafür, daß sie genug haben von der Politik des 'kleineren Übels', entweder die Demokraten oder die Republikaner. Nichtsdestotrotz haben wir noch einen weiten Weg vor uns.

Eine der bedeutendsten Aufgaben, der wir uns als Bewegung stellen müssen, ist die Bildungsarbeit mit unseren jungen Leuten. Sieben bis acht Stunden verbringen Jugendliche durchschnittlich vor dem Fernseher und werden dabei einer Gehirnwäsche unterzogen. In der Schule werden sie verwahrt statt erzogen. Mehr als 50 bis 60% von ihnen verlassen die High School vorzeitig. So ist es an uns, wirksame und kreative Wege der Bildung und Politisierung zu finden, damit unsere Jugendlichen ihre Wirklichkeit verstehen und sie verändern können.

Wir brauchen ein Intensivprogramm politischer Bildungsarbeit. Wenn sich unser Kampf auf einem höheren Niveau bewegen soll, und das bedeutet auch, die Fähigkeit zu entwickeln, anders als nur spontan zu handeln, dann müssen viele von uns sich zu disziplinierten Berufsrevolutionären entwickeln, die voll und ganz über die moderne revolutionäre Politische Wissenschaft verfügen, und die die organisatorischen Fähigkeiten zur Umsetzung der Theorie in die Praxis besitzen.

Ich glaube, daß wir Schwarzen uns auf allen Ebenen vorbereiten müssen, um unser Recht auf Selbstbestimmung durchsetzen zu können. Ich glaube weiterhin, daß die Unterdrückten nicht nur das Recht haben, sich zu befreien, sondern auch das Recht haben, darüber zu entscheiden, in welcher Form diese Befreiung stattfinden soll. In einem Land, so offenkundig rassistisch wie die USA, mit ihrer Geschichte der Expansion und des Chauvinismus, ist es erforderlich, die nationale Frage sorgfältig und gründlich zu prüfen. Es gibt eine ganze Bandbreite von Wegen, die nationale Frage in den USA zu lösen. All diese Wege werden von historischen Entwicklungen und objektiven Bedingungen abhängen und ich glaube nicht, daß wir es uns im Befreiungskampf der Schwarzen leisten können, uns selbst zu beschränken. Ebensowenig können wir es anderen erlauben, das zu tun. Was mich betrifft, so müssen Einigkeit und Solidarität auf Respekt aufgebaut sein. Ich sehe nicht, wie irgend jemand 30 Millionen Menschen das Recht auf Selbstbestimmung verweigern kann, die der brutalsten Form rassistischer Unterdrückung auf dieser Erde unterliegen, und gleichzeitig behauptet, er würde sie respektieren.

F: Du lebst im Moment als politischer Flüchtling auf Kuba. Was bewog dich, Kuba zu wählen?

A: Ich hatte eine Menge über die kubanische Revolution gelesen und ich hatte enormen Respekt vor Fidel Castro, nicht nur als Kubas führender Revolutionär, sondern als ein führender Revolutionär für die Welt. Als ich die Staaten verlassen mußte, wollte ich irgendwo hingehen, wo ich mit meiner Tochter Kakuya zusammensein und wo ich mich auch selbst

"Alle, die sich in diesem Land aufrichtig der Befreiung der Armen und Schwarzen widmen, geraten sofort in die Schußlinie. Ich denke, wir verstanden die Wirklichkeit damals schon, aber wir waren noch sowas wie unschuldig. Wir begriffen noch nicht, wie weit die Regierung gehen würde, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten"

weiterentwickeln konnte. Ich hatte viel über den Sozialismus gelesen, wollte ihn aber für mich erfahrbar machen.

Kuba ging weit über meine optimistischen Erwartungen hinaus. Natürlich war es anders, als ich irgendwie erwartet hatte, dennoch fand ich die Insel wirklich schön. Wunderbar an Kuba ist, wie die Leute leben. Es gibt keine Millionäre und es gibt nicht viele elektronische Geräte, aber dennoch leben sie in Frieden.

Das ist meine erste Chance, in einer Gesellschaft zu leben, die sich nicht im Krieg mit sich selbst befindet. Du kannst geradewegs die Straße runterlaufen und mußt nicht dauernd im Auge behalten, was sich hinter deinem Rücken abspielt. Da rennt nicht jeder mit einer schwarzen Wolke über dem Kopf herum, voller Sorgen, was passiert, wenn er oder sie den Job verliert, krank wird oder wie sie ihre Kinder durch die Schule bringen. Die Leute fühlen sich wirklich sicher und haben keine Angst davor alt zu werden.

Hier zu leben war tatsächlich viel einfacher als ich es mir vorher vorgestellt hatte, weil die meisten KubanerInnen sehr sorgfältig unterscheiden zwischen der Politik der US-Regierung und den Leuten, die in den USA leben. Trotzdem war es für mich eine der schmerzhaftesten Erfahrungen, als *Amerikanerin* bezeichnet zu werden - obwohl ich nie eine gewesen bin. Ich habe das dringende Bedürfnis, vor jedem rauszuschreien: "Ich habe mit der Yankee-Scheiße nichts zu schaffen, ich bin ausdrücklich dagegen! Ich bin gegen die US-Intervention in Nicaragua, in El Salvador, in Südafrika, in Libyen, in Grenada oder sonstwo! Ich bin keine Täterin des US-Imperialismus, sondern eines seiner Opfer." Ich finde es wirklich sehr wichtig für mich, das so zu sagen, und ich denke, daß es für viele von uns wichtig ist, das auszusprechen. ✱

"Uns nennen sie Banditen, aber nicht wir rauben die Rohstoffe aus Afrika, Asien und Lateinamerika, nicht wir nahmen diesen Kontinenten die Freiheit und ließen die Menschen dort krank und hungernd zurück."

Anmerkungen

(1) Mutulu Shakur, Kämpfer der neuafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung, und Marilyn Buck, nordamerikanische Antiimperialistin, wurden am 2. August 1988 zu 60 bzw. 50 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Vorwurf lautete auf kriminelle Vereinigung und Konspiration im Zusammenhang mit einer Enteignungsaktion und der Befreiung von Assata Shakur im Jahr 1979.

Der Videofilm *"Free the Land"* berichtet in Englisch über diesen Prozeß und bringt ein Interview mit den beiden Angeklagten. Er ist zu beziehen über das Medienpädagogische Zentrum, Thadenstr. 130a, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-4397259

(2) Zu Howard Beach siehe Anmerkung (5) des Artikels "Lynching in Paris, Texas" in dieser Zeitung.

In Soweto (South Western Township - Südwestliches Stadtgebiet, ein Ghetto nahe Johannesburg) schoß die Polizei am 16.6.1976 auf eine Demonstration schwarzer SchülerInnen und LehrerInnen, die dagegen protestieren wollten, daß Afrikaans, die Sprache der Kolonisatoren, erste Unterrichtssprache werden sollte. 600 AfrikanerInnen wurden bei diesem Massaker getötet und 2000 verletzt.

ls Ergänzung zu der Kritik am Stalinismus-Papier (Interim Nr. 108, 111) schicke ich ein älteres Thesen-Papier.
Die Kritik war unbedingt notwendig und gut, was fehlt ist die sozialgeschichtliche Aufarbeitung.
Wem an einem Aha-Erlebnis gelegen ist, der/die sollte sich genauer mit der Antwort des Leninismus auf die Agrarfrage beschäftigen. Die 1917-er Revolution war auch und viel wesentlicher als die Arbeiterinnnen- und die bolschewistische in der Stadt eine auf dem Lande.Die war aber nicht rot, sondern sozialrevolutionär im Sinne der alten "Land und Freiheit"- Parolen der sogenannten Narodniki. Sie wurde vom "Sozialismus" einfach plattgemacht.
Auf dieser praktischen Ebene der Kampfes der Bauern findet mensch einen ganz entscheidendenSchlüssel zu allen Entwicklungsproblemen der realsozialistischen Gesellschaften.

Lies dazu:
Teodor Shanin: The Awkward Class. Political Sociology of Peasantry in an Developing Society. Russia 1910 - 1925.
Und: Helmut Altrichter: Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung, München 1984.
Zu den Original Narodnaja Volja immer noch toll:
Vera Figner: Nacht über Rußland.Lebenserinnerungen einer russischen Revolutionärin, Nachdruck bei rororo.

Thesen über Marxismus-Leninismus

1. Klassenbegriff/Methode: Es existiert ein weißer Fleck in der Theorie des Marxismus-Leninismus, das ist die Seite der subjektiven Konstitution (Verfassung) der Klasse; die Beantwortung der Frage, wie die Klasse zu sich selbst kommt. Das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen/ zum revolutionären Prozeß/ zur Klasse ist herrschaftlich: im Marxismus-Leninismus ist die "Klasse für sich" das Ergebnis einer Organisations- und Bildungsgeschichte. Sie wird damit das Objekt von intellektuellen Vorgaben über die geschichtsnotwendigen Aufgaben des Proletariats. Die real ablaufenden sozialen Bewegungen werden daran gemessen, inwieweit sie dem geforderten idealen "Klassenbewußtsein" entsprechen. Nicht die wirklichen Kampfformen von unten werden zum Ausgangspunkt genommen und in ihren historischen Triebkräften analysiert, sondern die aktuelle Parteilinie ist der Maßstab, an dem sich die Kämpfe zu messen haben. Die führende Rolle der Fabrikarbeiterklasse (produktivistischer Klassenbegriff) schließt autonome Subjektivität verschiedener Klassenschichten (z. b. Frauen; Kleinbauern; Arme) als treibendes Moment der Geschichte aus. Die Arbeiterklasse ist revolutionäres Subjekt, weil sie den Mehrwert produziert; politisch und bewußtseinsmäßig muß sie durch die Partei für das Ziel der politischen Machteroberung aufgeklärt werden. Ohne Aufklärungsarbeit und Überzeugung/ Erziehung bleibt sie einem trade-unionistischen, also rein ökonomischen Denken verhaftet. Die eigenen Kampferfahrungen, die "informellen" Kampfformen, aber auch klasseninterner Sexismus und Rassismus werden von der politischen Elite oder von der obersten (Fach-) Arbeiterschicht nicht wahrgenommen, nicht analysiert, sondern funktionalisiert, kontrolliert und reformistisch umgebogen. Politische Taktik ist wichtiger als der sich abspielende reale Kampfprozeß.
Die Methode, die wirkliche Bewegung einer vorprogrammierten geschichtlichen Notwendigkeit zu unterwerfen (repräsentiert durch das Wissen der Partei), erklärt sich aus dem Interesse einer intellektuellen Elite, deren gesellschaftliches Entwicklungsprogramm (Mittelklasse) zum Klasseninteresse umgebogen wird.

2. Geschichte: In Rußland wurde der Kampf um Subsistenzmittel (der Kampf ums Land, die Obscina) für kleinbürgerlich erklärt oder wegen "Fortschrittsfeindlichkeit" gleich als konterrevolutionär verurteilt. Dazu exemplarisch die leninistische Verunglimpfung angeblicher Kulaken (Großbauern), die in Wirklichkeit die normalen Bauernfamilien der Obscina waren: Die russische

soziale Revolution auf dem Land wurde von Lenin nur taktisch akzeptiert, weil sie bereits stattgefunden hatte bzw. nicht einzudämmen war (das gleiche galt auch für die Pluralität in den Arbeiterräten). Das betrifft sowohl das Landdekret vom Oktober 1917 als auch die NEP-Konzeption vom März 1921, die beide gleichermaßen die Fehler der Klassenanalysen von 1899 und 1905 dokumentieren. Der angenommene Gegensatz: arme Bauern gegen Kulaken erwies sich als falsch gegenüber der tatsächlichen Konfrontation: Umverteilungsgemeinde (obscina) gegen den Staat, alten wie neuen. Der Stalinismus, also die forcierte Industrialisierung seit 1928, ist demnach als bürokratisch-kapitalistische Antwort auf die Bauernrevolution zu interpretieren.

3. Fortschrittsbegriff: Lenin geht wie Plechanow und die deutschen Sozialdemokraten von einer objektiven Fortschrittlichkeit der kapitalistischen Technologie aus (große Industrie, Vergesellschaftung der Arbeit). Dementsprechend ist das "Proletariat an der Macht"/die Partei dazu verurteilt, diese Fortschrittlichkeit gesellschaftlich durchzusetzen.
Konkret hieß das: Verstaatlichung der Landwirtschaft gegen die vorhandene Kollektivität der Bauern (Krieg mit einigen Millionen Toten), Einsatz moderner Arbeitswissenschaft gegen die ArbeiterInnen in der Fabrik, Durchsetzung der modernen Familie, Lenkung der Gesellschaft durch die Elite von oben, die den Fortschritt gewaltsam in einem "Entwicklungsland" durchsetzen muß.
Modernisierung über den Staat gemäß westlich-kapitalistischen Vorbildern(nachholende Industrialisierung bzw. Akkumulation). Das Ergebnis war passive Resistenz der Klasse und Blockierung von sozialer Bewegung, auf die wiederum nur staatlich-bürokratische Maßnahmen die Antwort waren.

4. Die Rechtfertigung der leninistisch-stalinistischen Konzeption durch die imperialistische Einkreisung überzeugt nicht. Bevor diese - die keinesfalls abgestritten wird- als Legitimation für den Krieg gegen die eigene Klasse/gegen abweichende Strömungen diskutiert wird, sind die Fundamente der leninistischen Gesellschaftanalyse und Konzeption zu kritisieren. Geschichtsphilosophisch gesehen haben RevolutionärInnen eine andere Orientierung als die "politische Revolution" (siehe Methode). Sie orientieren sich sich an den unmittelbaren Klassenbedürfnissen, und die standen stets gegen Durchkapitalisierung zum bürgerlichen "Fortschritt".

5. Sammlung der Kritikpunkte:
- Konzentration auf politische Machtübernahme statt auf soziale Selbstbestimmung in der Reproduktion
- patriarchalisch
- fabrikbezogener/produktivistischer Klassenbegriff
- Trennnung von Ökonomie und Politik
- Verurteilung von Spontaneität und Selbstorganisation
- Verurteilung der individuellen udn militanten Kampfformen als unpolitisch
- Kein Begriff von sozialer Bewegung, ihrer Fundierung in den dörflich-bäuerlichen Traditionen (moral economy)
- bürokratisch-hierarchische Organisation von Gegenmacht
- Klassenneutralität von technisch-wissenschaftlichem Fortschritt- Kein Begriff von Technologie als Waffe der Kontrolle
- Klasse als Objekt der Aufklärung (Klassenbewußtsein hineintragen)
- Eurozentristische Zivilisationstheorie/Sozialdarwinismus

6. Neuer Klassenbegriff:(Berücksichtigung des obigen,besonders:)
- globale Klasse als Ausgangspunkt, antirassistische Herangehensweise
- innere Klassendifferenzierung ,geschlechtliche und sonstige Hierarchien berücksichtigen
- Existenzrecht (ganz von unten) und Subjektivität gegen die Arbeit
- Kein Führungsanspruch als Beziehung zwichen Radikalen und Klasse; Ziel stattdessen:: Entblockierung sozialer Subjektivität/Bewegungen.

Die TAZ lügt und wir müssen dran glauben

"Wenn es die TAZ nicht gäbe, müßten wir sie erfinden"
Lochte, Chef des Hamburger Verfassungsschutzes am 24.10.85 in der ZEIT

Die nachfolgenden Gedanken sind aus einer Auseinandersetzung über die Funktion und Bedeutung der "Tageszeitung" für die Existenz der linksradikalen Zusammenhänge entstanden. Anlaß dafür war die Berichterstattung dieser Zeitung, insbesondere zur Vorbereitung der revolutionären 1. Mai-Aktivitäten 1990 in West-Berlin. Der Artikel versucht das Verhältnis von Linksradikalen zur TAZ historisch mit der Absicht zu skizzieren, die neue Dimension der Auseinandersetzung nach den revolutionären Mai-Aktivitäten in West-Berlin zu verdeutlichen. Darüber hinaus soll an einigen Stellen die Diskussion um die TAZ mit einigen Bemerkungen zur Bedeutung sogenannter "Gegenöffentlichkeiten" verknüpft werden, ohne die zukünftig ein selbständigerer und verantwortungsvollerer Umgang mit der eigenen linksradikalen Kommunktion undenkbar ist.

'Den Leuten gehört gehörig der Kopf gewaschen!'

Der Beherrschung der Köpfe kommt gerade in den Metropolen eine hervorragende Bedeutung und Funktion zu, die kaum zu unterschätzen ist. Konformes Verhalten wird weniger durch den offenen Zwang als vielmehr durch subtile Strukturen der Massenmanipulation erzeugt. Gerade in den hochdifferenzierten Sozialprozessen der spätkapitalistischen Gesellschaft kann die Errichtung von alltäglicher Herrschaft weniger durch den Polizeiknüppel erzwungen werden, als vielmehr durch verwirrende Bilder einer sich selbst feiernden "demokratischen Informations-und Mediengesellschaft". Wir werden tagtäglich von ARDZDFRTLPLUS, von BILD bis SPIEGEL mit kontrollierten Nachrichten, dirigierten Meinungen und bunten Werbebildern zugeschüttet. Sie dienen dem Ziel, Aufklärung und autonomes Bewußtsein über ungerechte Verhältnisse zu verhindern. "Die SPRINGER-Presse wirft Bomben in das Bewußtsein der Massen" war eine der Erkenntnisse aus der 68er Bewegung, die diesen Zusammenhang parolenhaft auf den Punkt brachte. Der sytematisch von der SPRINGER-Presse herbeigeschriebene Mordanschlag auf Rudi Dutschke, Ostern 1968 brachte vielen zu Bewußtsein, wie die Macht über Worte und Texte zur existenziellen Bedrohung für diejenigen werden können, die sich gegen spätkapitalistische Herrschaftmechanismen auflehnen. Die Entwicklung von "Gegenöffentlichkeiten" war eine der Schlußfolgerungen aus der "Anti-Springer Kampagne", die den politischen Kampf zur Veränderung der Verhältnisse in den Metropolen ergänzen sollte.

What's about the history ?

Seit Ende der 60er jahre existieren seitens der neuen Linken eine Unzahl der verschiedensten Zeitungs- und Zeitschriftenprojekte, die sich dem Anspruch zur Herstellung einer Gegenöffentlichkeit verpflichteten. Mitte der 70er Jahre existierten in so gut wie allen größeren Städten linksradikale Info-Blätter, Stadt- und Vokszeitungen. Vom Sommer 1973 ab an, wurde von Frankfurt aus der ID (Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten) überregional vertrieben, der als eine Art Vorläufer der TAZ angesehen werden kann. Diese eher dezentrale Struktur der 'Alternativpresse' war jedoch nicht in der Lage die im "Herbst 77" staatlicherseits erwünschte und von der bürgerlichen Presse willig befolgte Nachrichtensperre zu durchbrechen. Die für die neue Linke desillusionierenden Erfahrungen aus dieser Zeit, ihre Niederlage drückten sich in vielfältigsten Formen der Entsolidarisierung, Distanzierung und Angst aus. So ist es denn auch kein Wunder, wenn sich diese Entwicklung schließlich auch auf den Entstehungsprozess der "Tageszeitung" niederschlug. Sie entstand zwar mit der proklamierten Absicht gegenüber staatlichen Manipulations-, Gewalt- und Ausgrenzungsstrategien ein Medium zur "Gegenöffentlichkeit" zu schaffen, faktisch gründete sich dieses Projekt jedoch unausgesprochen auf einen zunächst schleichenden Resignationsprozeß von ehemals revolutionären Hoffnungen und Erwartungen von vielen Protagonisten aus der 68'er Bewegung. Es ist daher auch kein Zufall, wenn der Begriff 'Amnestie' fortan das Zauberwort hieß, wenn die TAZ in ihrer Berichterstattung einer prinzipiellen Ablehung des bewaffneten Kampfes das Wort redete. Man und frau muß kein Freund des bewaffneten Kampfes sein - um den es an dieser Stelle nicht geht! - um festzustellen, daß die TAZ damit immer zugleich auch die Ablehnung jeglichen radikalen und militanten Widerstandes gegen diesen Staat und diese Verhältnisse mitmeinte. Das haben dann zu Beginn der 80er Jahre die AktivistInnen aus den autonomen Basisbewegungen mehr als einmal in einer teilweise denunziatorischen und selektiven TAZ-Berichterstattung zu spüren bekommen. Diese Tendenz wird auch nicht dadurch gebrochen, daß die TAZ natürlich in Aufschwungphasen der Bewegung, diesen politischen Auseinandersetzungen und den Argumenten in ihrer Berichterstattung stets mehr Raum eingeräumt hat, als andere bürgerliche Tageszeitungen. Dieser Umstand drückt nur aus, daß starke politische und soziale Basisbewegungen in bestimmten historischen Momenten immer auch journalistisch gegen die bürgerliche Zeitungskonkurrenz ausbeutbar sind. Mit der einstmals proklamierten Herstellung einer politischen Gegenöffentlichkeit hatte der TAZ-'Journalismus' jedoch kaum etwas zu tun oder um es mit den Worten von Rudi Dutschke aus dem Jahre 1967 zu sagen: "Zur Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit: "Ich denke, daß Öffentlichkeit nicht existiert, denn zur Öffentlichkeit gehören bewußt denkende Indiviuen mit kritischer Einsicht, die fähig wären die Herrschenden zu kritisieren, sie unter Kontrolle zu nehmen

und wirklich Öffentlichkeit herzustellen."

Zum Verhältnis der Linksradikalen zur TAZ und umgekehrt

Das Projekt TAZ hat sich in den 80er Jahren zwischen journalistischen Ansprüchen, massiven materiellen Existenzproblemen und der Verfolgung ureigenster Interessen einer sozialen Klientel aus den zunehmend grün-alternativ werdenden Mittelschichten hindurchlavieren müssen. Permanenter ökonomischer Krisendruck sorgte unter der Hand dafür, daß das klägliche Sein einer ungesicherten Journalistenexistenz zunehmend auch das Bewußtsein von vielen der in diesem Projekt tätigen Individuen bestimmte. Zumeist fern von der sozialen Realität politisch aktiver Gruppen schwankte die Zeitung konzeptionslos zwischen 'linker Verpflichtung' und 'marktgängigen Journalismus', verwechselte die eigenen Meinungen mit einem politischen Standpunkt und schaffte so oftmals auch gleich einen kritischen Sachverstand mit ab. (Diese schönen Gedanken wurden von Gabriele Goettle geklaut).



Das Verhältnis zwischen TAZ und der linksradikalen Szene läßt sich dabei als eine widersprüchliche Haßliebe beschreiben. Unausgesprochen benötigte man sich gegenseitig, proklamierte die tiefe Ablehnung und lebte voneiander. Im Unterschied zum drögen Einheitsbrei der anderen Tageszeitungen war die TAZ in ihrem widerspruchsvollen Dilletantismus immer noch amüsanter zu konsumieren. Die TAZ war die einzige Zeitung die zeitweise breit aus der linksradikalen Szene berichtete, was ein Teil ihres Kapitals war und sie zugleich gegenüber diesen politischen Zusammenhängen definitionsmächtig machte. Gern wurden TAZ-Formulierungen von der bürgerlichen Presse aufgegriffen und verfestigten sich so zu einem Begriff gegen die politische Praxis von linksradikalen politischen Gruppen; so geschehen z.B. mit dem Begriff einer kriminellen "Kiezmafia", mit der Kreuzberger Autonome nach dem 1. Mai 1987 in der TAZ-Berichterstattung in Verbindung gebracht wurden. Die monatelange Arbeit einzelner Gruppen konnte mit einem schludrig hingerotzten, vor Vorurteilen protzenden TAZ-Artikel zum schnellen und bequemen Leser-Konsum niedergemacht werden. Anstatt die Mühen und den Wert der oftmals unzulänglichen politischen Arbeit von Gruppen in der Berichterstattung anzuerkennen, dabei immer auftretende Schwächen und Unklarheiten als Probleme der Praxis einer gesamten Linken herauszuarbeiten, besorgten Berichte unter einem vermeindlichen Aktualitätsdruck ohne historische und soziale Dimension genau das, was dieses Projekt mit seiner Existenz einmal zu bekämpfen vorgab: Manipulation. Vielleicht meinte Lochte genau das mit seiner berühmten Bemerkung: Wo immer TAZ-Journalisten linksradikale Ansätze und Inhalte nicht auf die schnelle in 'locker-flockigen' und vor allem 'marktgängigen Artikeln' verwerten konnten, richteten sie zumeist einen Scherbenhaufen an Denunzierung und Desinformation an.

Es nimmt daher nicht Wunder, daß es immer wieder von neuem wütende Reaktionen der Szene auf üble TAZ-Diffamierungen durch Drohungen, Leserbrief- und Boykottkampagnen, freundliche und militante Besetzungen gegeben hat. Gerade wegen der sonst fehlenden Möglichkeit zur Vermittlung eigener politischer Inhalte, konnte es kaum eine politisch arbeitende Gruppe kommentarlos auf sich sitzen lassen, gerade von der TAZ, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit als das Organ einer parteiunabhängigen Linken gilt, als bescheuert, verwirrt oder etwas 'neben der Kappe' hingestellt zu werden. Dabei mußten mehr als einmal GenossInnen in der Auseinandersetzung mit dieser Zeitung erleben, daß sie als Linke kamen und in den Redaktionstuben frech-arrogante Bürgertöchter- und Söhne trafen, die für ihre politische Praxis in ihrer Berichterstattung nur kalte Distanz, Hohn und Spott übrig hatten. Mehr als einmal nutzten bestimmte TAZ-'Journalisten' das Medium ihrer Zeitung als Machtinstrument, um unter Umgehung jeglicher journalistischer Sorgfaltspflicht mit entweder schlecht oder gar nicht recherchierten 'Meldungen' polemische Stimmungsmache gegenüber linksradikalen politischen Zusammenhängen zu betreiben. Eine Unzahl von Journalisten realisierten in ihrer weiteren persönlichen Entwicklung genau das, was Gremliza einmal zusammenfassend für die TAZ mit dem Begriff "Volontariat der Bürgerpresse" kennzeichnete. Für viele politisch perspektivlose und karrieristische Möchtegernjournalisten war die TAZ nur ein Sprungbrett zu den Futttertrögen der weit besser zahlenden bürgerlichen Journaille; die Zahl der zwischenzeitlich beim SPIEGEL, STERN, Tagesspiegel und als PressesprecherInnen in der grünalternativen Administration arbeitenden ehemaligen TAZ-JournalistInnen ist mittlerweile Legion. (Daß es natürlich bei einzelnen Journalisten immer wieder

Ausnahmen gegeben hat, bestätigt in diesem Fall nur die Regel.)

Weiß der Teufel, woran's genau gelegen hat, wie es die TAZ mit ihrer kontinuierlichen Desinformation fertig gebracht hat, die ca. seit Mitte der 80er jahre auftauchende Parole "TAZ lügt" auch zur allgemeinen subjektiven Warheit für die linksradikale Szene werden zu lassen. Stationen dieser Entwicklung könnten in der "Affaire" um das Lochte-Interview im Oktober '85 gegen den Hafen oder die gezielte "Kiezmafia"-Berichterstattung gegen die West-Berliner Autonomen nach dem Kreuzberger Kiezaufstand nach dem 1. Mai 1987 gelegen haben. Zu erinnern ist auch an die geradezu skandalöse Berichterstattung nach den Schüssen an der Startbahn-West. Es wäre mehr als notwendig gewesen - neben einer genauen Berichterstattung über die Kritik und Selbstkritik von den politischen Zusammenhängen, aus denen heraus die Schüsse gefallen waren - durch eine im wahrsten Sinne des Wortes "kritische Gegenöffentlichkeit" ein Minimum an Schutz für eine politische Bewegung zu organisieren, die unter dem Vorwand der Schüsse mit einem Netz staatlicher Repression überzogen wurde. Stattdessen konfrontierte die TAZ ihrer LeserInnen mit unkritisch übernommenen Versionen über den Hergang der Schüsse, die vom BKA und der Generalbundesanwaltschaft in die Öffentlichkeit lanciert wurden. Und als TAZ-Bonbon "politischer Gegenöffentlichkeit" war dann u.a. noch zu erfahren, daß ein Verhafteter aus der Startbahn-Bewegung angeblich keine Bücher zu Hause gehabt, bezw. bei seiner Festnahme auch noch mit seiner Freundin zusammen im Bett gelegen haben soll. In allen Fällen schimmerte bereits für kurze Momente auf, daß dieses Zeitungsprojekt nicht nur irgendwie "daneben" ist, sondern auch zu einer ganz konkreten Bedrohung für Autonome werden kann. Verschiedentlich wurde in diesen Konflikten bereits von manchen GenossInnen die Auffassung vertreten, daß "überhaupt keine TAZ" für die eigene Politik besser sei, als "diese TAZ", und die Gefahr von staatlichen Repressionen ohne diese Zeitung geringer sein würde.

Aus der Haßliebe zur TAZ wurde für viele Linksradikale eine größere Distanz. Diese Zeitung wurde zunehmend als Teil der abgelehnten Realität begriffen, was jedoch kaum jemanden daran hinderte, sie weiter für eine politische Arbeit zu benutzen. Man richtete sich gegeneinander ein Stück weit ein, die "Wiesenseite" oder der Kleinanzeigenteil wimmeln noch immer von den vielfältigsten Aufrufen zu linksradikalen Aktivitäten, die Knast-



seite läßt noch ein paar Infos über die Gefangenen durch, und hin und wieder kann man sich noch ein wenig auf der LeserInnenbriefseite austoben. Ansonsten konnte sich eigentlich kein Autonomer mehr sonderlich davon überrascht zeigen, wenn die TAZ entweder gar nichts über ihre Aktionen oder wenn, dann in der Regel nur etwas falsches darüber schrieb. Argumentativ waren die Linksradikalen im Verlaufe der zweiten Hälfte der 80er Jahre als politisch ernst zu nehmendes Subjekt aus der Berichterstattung der TAZ verschwunden. Und diesen bedrückenden Umstand gilt es zu begreifen und nicht zu beklagen.

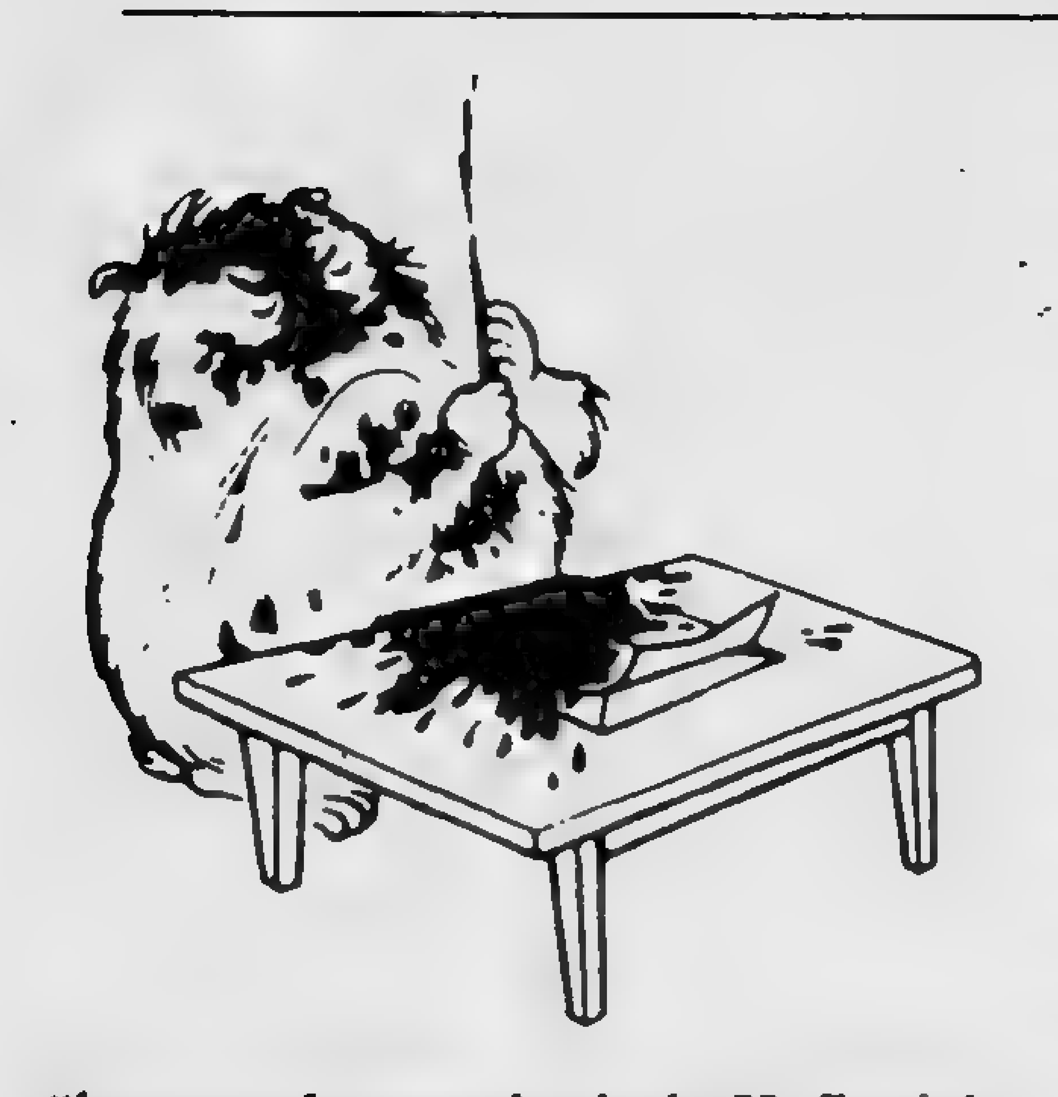
Früher war alles anders

Die Bedingungen dieses Arrangements haben sich jedoch durch die rot-grüne Regierungskoalition in West-Berlin im Frühjahr 1989 sowie nach dem Fall der Berliner Mauer im November '89 gravierend verändert. Mit beiden Ereignissen verbindet sich ein Umgruppierungsprozess innerhalb der Linken in der BRD und West-Berlin, der nicht ohne Folgen für die Berichterstattung der TAZ geblieben ist. Nachdem die TAZ im Stakkato für die rot-grüne Regierungskoalition in West-Berlin getrommelt hatte, und sich danach in einer bedingungslosen Verteidigung derselben einrichtete, stand sie spätestens nach dem 9. November vor dem Scherbenhaufen einer rot-grünen reformistischen Strategie, die angesichts eines großdeutsch-nationalistischen Wiederverwinigungstaumels auf



der institutionellen Ebene schlicht bedeutungslos geworden ist. Die Vision der Hartungs, Mehrs und Fehrles in West-Berlin (endlich!) an einem Zipfel der Macht teilhaben zu können, - der Wunsch nach politisch-kultureller Anerkennung durch die herrschenden Charaktermasken - hat in der Folge nicht nur zu einer in jeder Hinsicht oppurtunistischen Berichterstattung in Sachen imperialistischer Großmachtpolitik der BRD gegenüber der DDR geführt, sondern auch linksradikale und autonome Zusammenhänge in der Berichterstattung zu Prügelknaben für die eigene Vergangenheit mit ehemals 'linken Anspruch' gestempelt. Die Zeiten, in denen Linksradikale mit dem derzeitigen West-Berliner Regierungsblatt TAZ irgendwo noch strukturell auf einer diffusen Oppositionsseite gegen herrschende Verhältnisse standen, sind vorbei. Das machte nicht nur die kompromißlos-denunziatorische Berichterstattung gegen die Autonomen nach der Randale auf dem Lausitzer Platz in Folge des revolutionären 1.Mai 1989 deutlich. Die von Sachkenntnis unge-





trübte, geradezu euphorische Hofberichterstattung über die Charaktermaske Momper und die aktuelle sozialdemokratisch-neo-nationalistische Kommentierung der "deutsch-deutschen Wiedervereinigung" ist nur noch aus diesem forcierten Anpassungsprozeß von perspektivlosen Protagonisten aus dem Alternativmilieu zu verstehen. Noch immer meinen sie den Integrationsprozeß einer grün-alternativen Mittelschicht in das Gefüge der herrschenden Macht mit dem Kleinarbeiten von politischen und sozialen Konflikten erkaufen zu können. Hausbesetzungen sollen eben nicht mehr "unverhältnismäßig" sondern nur noch mit kleinem Bullenaufgebot "sozialverträglich" abgeräumt werden. "Behutsame Sozialstrategien" gegen soziale Revolte. Welche Regierungsfunktion bleibt aber noch für die grün-alternative Mittelschicht, wenn ihre "beutsamen Sozialstrategien" deshalb nicht funktionieren, weil die herschende Macht entweder dafür die Kohle nicht rausrückt oder es Menschen in der Stadt gibt, die partout keine Lust auf Integration in das herrschende System haben? Was belibt ist zu versuchen, die Rolle eines politischen und sozialen Ordnungsfaktors zu spielen. Wie kann diese aber durchgesetzt werden, wenn zuvor alle Spaltungs- und Integrationsmechanismen versagt haben?

Brigitte Mehr und Max Thomas Fehrle sind doof und gefährlich!

Mit dieser Frage sind wir zu dem tieferen Sinn der TAZ-Berichterstattung zum 1. Mai 1990 vorgedrungen. Es ist mittlerweile nicht überraschend, wenn die TAZ in ihrer Berichterstattung der Theorie und Praxis autonomer Politik jegliche Berechtigung und Legitimität abspricht. Der Ort von Politik findet aus ihrer Sicht ausschließlich durch das "geschickte Handeln" irgendwelcher SenatorInnen im Momper-Senat statt, was sich auch in ihrer ausführlichen Berichterstattung über auch nur subjektivste Empfindungen dieser Charaktermasken ausdrückt. Wer diese Ebene in seinem praktischen Handeln für fast bedeutungslos erklärt, kann - da schließlich nur der rot-grüne Senat die "allgemeinen Interessen" vertreten kann - eigentlich nur infame, eigensüchtige und egoistische Interessen im Schilde führen. So entsteht das TAZ-Bild eines zu allem entschlossenen, verschworenen, unberechenbaren und vor allem irrational handelnden Häufleins Autonomer, die zerfressen von Haß und Neid, höhnisch lachend, gezielt auf Kosten anderer, gewältätig durch das Bild der Stadt marodieren. In dieser Sichtweise existieren auch keine Gründe mehr für ein politisches Handeln als Antworten auf eine bedrückende soziale Realität, sondern nur noch Vorwände. Da ist es nur folgerichtig wenn sich die sozialen Frustrationen neurotisierter TAZ-Journalisten in gesellschaftlichen Konfliktsituationen in ungehemmten Gewaltphantasien gerade auf diejenigen entladen, die sich einer alternativ-fatalistischen Politikverwaltung von ungerechten Verhältnissen demonstrativ zu entziehen suchen.

Der TAZ ist für ihre Berichterstattung am 30.April gegen einen "revolutionären 1. Mai" in mehrfacher Hinsicht zu danken:

- Sie war in ihrer journalistischen Berichterstattung glücklicherweise so dumm, die von ihr produzierte Ideologie mit der tatsächlichen Realität zu verwechseln. Am 30. April schrieb die 'Journalistin' Brigitte Fehrle im überregionalen Teil der TAZ als Argument gegen Hausbesetzungen, daß im 'übervollen Kreuzberg' angeblich keine leerstehenden Wohnungen mehr existieren würden; wenige Tage später war im bürgerlichen TAGESSPIEGEL nachzulesen, daß derzeit noch weit über 1000 Wohnungen in diesem Stadtteil leerstehen. Wer noch am 30.4. davon schreibt, daß sich weite Teile der alternativen Scene entschieden von dem revolutionären 1. Mai distanziert habe, und gar darüber nachgedacht werde, an jenem Tag den Stadtteil in Scharen zu verlassen, um zwei Tage später von einer "alternativen Mai-Demonstration" von 15000 TeilnehmerInnen berichten zu müssen, hat ein journalistisches Waterloo produziert.

- Mit den im Berliner Lokalteil am 30.April wohlweislich unter Pseudonym veröffentlichten zwei Artikeln "1. Mai Fest: Eingangstür zur Straßenschlacht" und "Luxuriöser Metropolenkarwall in Kreuzberg" hat die TAZ die strategische Dimension offenkundig werden lassen, mit der sie zukünftig bereit ist, die politisch und sozial nicht angepaßten Menschen aus der linksradikalen Scene zu bekämpfen. Die von 'Valerie Dupont' gegenüber den Autonomen benutzten Unterstellungen, daß es den OrganisatorInnen des Straßenfestes ausschließlich darum gehe, eine "Eingangstür zur Straßenschlacht" zu eröffnen, um "Totschlaghandeln auch den Notausgang" zu bieten bezw. die Äußerung 'Martin Dittkamps' im Zusammenhang mit 'autonomen Aktionen': "Es ist reiner Zufall daß es bisher keine Toten gegen hat", markieren eine neue Stufe der Auseinandersetzung. Diese Formulierungen sind keine beliebigen Ausrutscher durchgeknallter TAZ-

IN KREUZBERG — **taz** *MONTAG 30/4/90*

1.-Mai-Fest: Eingangstür zur Straßenschlacht

In den Aufrufen zur Teilnahme am Kreuzberger 1.-Mai-Fest wird gelogen wie gedruckt: In Wirklichkeit geht es nicht um ein Fest, sondern darum, eine Straßenschlacht auszulösen. Die AL lügt kräftig mit! Danach wird der Joker mit den drei Sozialarbeiter-Köpfen gezogen.

Kreuzberger verlassen zum 1. Mai ihren Kiez

Trotz Mauerfall in Berlin: Die Randale im Westberliner Bezirk zum Tag der Arbeit ist vorprogrammiert / Selbst ehemalige Hausbesetzer flüchten nach Westdeutschland / Polizei rüstet auf, Ladenbesitzer verbarrikadieren sich

Aus Berlin Brigitte Fehrle

Luxuriöser Metropolenkrawall in Kreuzberg

1. Mai: Kreuzberg starrt wie ein Kaninchen auf die Schlange / Daß in Berlin ganz andere Probleme anstehen, davon ahnt man in der kleinen Welt der Randalespezialisten kaum etwas / Das Krawall-Ritual könnte durchbrochen werden, wenn man sich nicht zum Statisten machen läßt

Journalisten, sondern wohl überlegte, in die Öffentlichkeit lancierte Assoziationsketten, an derem logischen Ende die öffentliche Nennung (sprich: Namenslisten) und die Verhaftung von GenossInnen aus den vorbereitenden Strukturen steht. Die Linksradikalen wären dann mit einer ähnlichen Entwicklung wie die italienischen Autonomen gegen Ende der 70er Jahre konfrontiert, die reihenweise in die Knäste gesteckt wurden, nachdem sie zuvor in den Zeitungen der Kommunistischen Partei öffentlich denunziert worden waren.

Diese durch die TAZ-Berichterstattung vom 30.4. greifbar gewordene Möglichkeit einer existenziellen Bedrohung von politisch aktiven GenossInnen wird durch die Einschätzung - "Von der TAZ ist ohnehin nichts anderes zu erwarten" - völlig verkannt. Die Linksradikalen werden es sich als politische Bewegung nicht erlauben können abzuwarten, bis sie eines Morgens die TAZ aufschlagen, um dort etwas ungläubig ihre eigenen Namen im Zusammenhang mit der Planung und Vorbereitung von Kapitalverbrechen zu lesen. "Zu spät!" heißt dann: Knast.

Was ist zu tun?

Der notwendige Abschied von dem Projekt TAZ fällt auch deshalb nicht leicht, weil das Ende von Illusionen, das Leben um ein ein paar liebgewonnne Bequemlichkeiten bringt. Dieser Abschied müßte zugleich eine Diskussion über andere Formen von von "Gegenöffentlichkeit" einschließen. Dabei wird auf jeden Fall der Gedanke auszuschließen sein, mit einer "eigenen Tageszeitung" oder ähnlichem gegen die TAZ konkurrieren zu wollen. Dazu sind die linksradikalen Zusammenhänge im weitesten Sinne politisch nicht in der Lage, und angesichts der mittlerweile 12-jährigen TAZ-Erfahrungen sollten sie es auch nicht sein. Dabei wird sich jede Form einer autonomen Gegenöffentlichkeit dem Aktualitätsdruck zu verweigern haben, der zwar Grundlage bequemer bürgerlicher Leserkonsumgewohnheiten ist, aber die Zeit brauchenden Diskussions- und Sozialprozesse politisch arbeitender Gruppen und Menschen nur zerstören kann.

- Es existiert in Umrissen eine linksradikale Zeitschriftenkultur, die sich als Teil einer radikal-oppositionellen Bewegung begreift und auch so verstanden werden sollte. Das heißt konkret: Konsumverhalten ist konterrevolutionär! Den vielen bereits existierenden linksradikalen Info-Blättern wäre zu wünschen, daß sie von der Mitarbeit von tatendurstigen, ausdrucksstarken, witzigen, kreativen und viel Lay-out-Material benutzenden GenossInnen überschwemmt würden.

Allerdings wird selbst eine noch so blühende linksradikale Zeitschriftenkultur nichts daran ändern können, daß das Projekt TAZ auch weiterhin gegenüber den Linksradikalen als definitionsmächtiges Medium und Sprachrohr der sie tragenden sozialdemokratisch-grün-alternativen Mittelschichten existieren wird. 'Beherzte Aktionen' können die TAZ aktuell nur aufwerten aber nicht abschaffen. Eine wirkungsvollere politische Antwort war bereits in einer beeindrukkenden Art und Weise von den 15000 TeilnehmerInnen auf der revolutionären Mai-Demonstration gegeben worden. Irgendwelche Angriffe hätten der am 1. Mai in West-Berlin unter die Obhut des Polizeischutzes gestellten TAZ lediglich die Gelegenheit eröffnet, sich als gehetztes und hilfloses Opfer eines "gewissenlosen Autonomen-Terrors" darstellen zu können.

- Es sollte darauf hingewirkt werden, daß es zur Selbstverständlichkeit der Linken zumindestens in den Städten wird, sich keinerlei TAZ-Abos mehr zu halten. Abos sind Vorfinanzierungen und 'höhere Gewinne' für das Projekt TAZ. Bei jedem Kauf in der Kneipe oder am Kiosk wird die dünne Finanzdecke um ca. 1 DM destabilisiert. Mit dieser kleinen 'Erschwernis' würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Niemand müßte auf diese Zeitung verzichten, um die Linksradikale derzeit (noch) nicht herum kommen, und zum anderen hätte man diesem Projekt jede relevante ökonomische Unterstützung entzogen.

- Die Parole "TAZ lügt" muß in Zukunft auch von denjenigen ernster genommen werden, die bereits wissen daß die TAZ lügt. Die Erkenntnis das die "BILD-Zeitung lügt" wird sicherlich von Millionen ihrer Leser geteilt. Nichts desto trotz werden ihnen von der relmäßigen Lektüre dieser Zeitung Tag für Tag die Köpfe zukleistert. Warum sollte dieser Prozess ausgerechnet bei TAZ-Lesern anders verlaufen ?

So sorgte die TAZ mit der Meldung einen Tag vor der revolutionären Mai-Demo in West-Berlin, daß sich die Demo-Vorbereitungsgruppe aufgelöst habe, geraume Zeit für große Verunsicherung im weiteren Umfeld der vorbereitenden Strukturen. Das diese 'Meldung' nicht stimmte war nicht das Problem der TAZ sondern derjenigen Leser, die sich dadurch verunsichern ließen. In Zukunft kann nicht ausgeschlossen werden, daß einzelne TAZ-Redakteure in gesellschaftlichen Konfliktsituationen bewußt Falschmeldungen lancieren werden, um konkrete linksradikale Aktivitäten zu sabotieren. Auch wenn's nicht ganz einfach ist, sollte sich niemand bei der morgendlichen Lektüre dieser Zeitung von seiner eigenen Gutmütigkeit auf's Kreuz legen lassen.

- Der Ausschluß von TAZ-Journalisten aus autonomen Strukturen, Plenas und Veranstaltungen muß selbstverständlich werden. Jeder Name eines Autonomen aus konkret arbeitenden Zusammenhängen, der einem TAZ-Journalisten bekannt wird, ist ein Name zuviel.

Todor Schabolowsky

Literatur zum Thema:

Initiativgruppen für eine Tageszeitung:"Prospekt Tageszeitung", Frankfurt 1978. *Eine Selbstdarstellung aus den ersten (gutgemeinten) Anfängen dieses Projektes.*

ID Verlag: "Projekt Gedächtnis - ID Artikel zum Thema Ggegenöffentlichkeit", Amsterdam 1988. *In diesem Textband finden sich eine Reihe von Beiträgen, die sich schon Ende der 70er Jahre kritisch mit dem Beginn des Tageszeitungsprojektes auseinandersetzen.*

Oliver Tomein/Detlef zum Winkel: "TAZsAcheN - Krallen zeigen - Pfötchen geben", Hamburg 1989. *Dieser Band bemüht sich um eine umfassendere Analyse des Projektes TAZ. Er zeichnet die widersprüchliche Geschichte von der Entstehung der TAZ bis zum Ende der 80er Jahre nach. Lesenswert vor allem der Abschnitt über das Versagen dieser Zeitung in ihrer Berichterstattung über die Schüsse an der Startbahn-West.*

Matthias Bröckers u.a. (Hg): "Die TAZ - Das Buch", Frankfurt 1989. *In diesem Band ist ein Querschnitt von vielen lesenswerten Artikeln aus 10 Jahren TAZ Geschichte versammelt, die am Schluß durch 'Materialien' ergänzt worden sind, die teilweise Besetzungen und Szene-Reaktionen auf TAZ-Artikel wiederspiegeln. Der dort auf Seite 596/97 veröffentlichten Kritik von Gabriele Goettle: "Die TAZ ist (...) ein altbackenes, verbürgerlichtes, staatstragendes und deshalb überaus langweiliges Tagesblättchen." ist nichts mehr hinzuzufügen.*



blätter des iz3w Nr.167, August 1990
Themenschwerpunkt: 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand

Große Dinge stehen bevor. Die Regierenden Spaniens, Portugals und Lateinamerikas rüsten sich für den fünfhundersten Jahrestag der "Entdeckung" Amerikas. Die Vorbereitungen der Feierlichkeiten verdeutlichen indes die Kontinuität von kolonialistischem Bewußtsein und Abhängigkeitsstrukturen. Dieses Bewußtsein braucht den Mythos der europäischen Entdeckung der "neuen Welt" als eine Beweihräucherung der europäischen Zvilisation. Schon der Untertitel des offiziellen spanischen Programms, "Begegnung zweier Welten", unterstreicht die Verschleierung von historischen und aktuellen Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa.

Eingeleitet wird der Themenschwerpunkt durch eine Auswahl historischer Texte unter dem Titel "Eine Begegnung hat nie stattgefunden". Die Vertreter der abendländischen Kultur von Colon über Cortes bis Las Casas legten Grundsteine für die systematische Ausplünderung der drei Kontinente. Der Artikel "Das Bild des Anderen" konkretisiert die unterschiedlichen Blickwinkel der europäischen Denkschulen, die in eurozentristische Sichtweisen münden und andere Kulturen bis heute für ihre Zwecke benutzen.

Die spanische Regierung versucht in ihrem Programm zum fünfhundertsten Jahrestag solche kolonialistischen Sichtweisen in moderner Verpackung in die Öffentlichkeit zu bringen. Gegen diese Geschichtsverfälschung organisieren sich die sozialen Bewegungen Spaniens. Mit dem Artikel zur spanischen Gegenkampagne werden Motivationen und Hintergründe der geplanten spanienweiten Organisierung vorgestellt.

Den Widerstand der indigenen Gesellschaften Lateinamerikas gegen ihre Zerstörung thematisieren die darauffolgenden Artikel. Im Amazonasbecken setzt die brasilianische Regierung mit Hilfe der Modernisierungs- und Bevölkerungspolitik und mit Unterstützung internationaler Organisationen die Ausrottung der Indigenas fort. Diese innere Kolonialisierung ist die andere Seite der Medaille des Kolonialismus. Die neue Qualität des Widerstands zeigt sich im Zusammenschluß landesweiter und internationaler Indigena-Netzwerke im Amazonasbecken und Ecuador.

Mit einem Diskussionsbeitrag reagiert die AG Quinto-Centenario der ADW auf den Artikel von Heinz Dieterich, "Ironien der Weltgeschichte", aus dem Buch "Das fünfhundertjährige Reich". Ziel ist eine Auseinandersetzung über die Kernthesen von Dieterich, der die allgemein hochgelobte "Freie Welt" als Produkt faschistischer Kontinuität begreift und als "Viertes Reich" bezeichnet.

Außerdem im Heft: Berichte zu Liberia, Peru, Nicaragua, Entwicklungsbezogener Handel, Rezensionen, Kurznachrichten, Leserservice.



des Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 53 28
D · 7800 Freiburg i. Br.
Telefon: (07 61) 7 40 03



DO 16.8
18.00 Öffentlichkeits AG Friedrichshain,Infocafe Mainzerstr. 5
20.00 Prenzelberg-Plenum, Red Pub Kastanienallee 58

Fr 17.8
18.00 Mainzer Straßenfestplenum im Infoladen
20.00 offenes Redaktionsplenum der Häuserzeitung , Cafe Mainzer 5

Sa 18.8
Demo in Wunsiedel
17.00 Veranstaltung in der Uni Frankfurt zu §129a und Staatsschutzjustiz

So 19.8
13.00 Treffen von neuköllner Frauen gegen Anmache,Vergewaltigung..., Galerie Olga Benario,Boddinstr.61
18.00 Treffen für alle,die Interesse an den laufenden §129a Prozessen haben oder hinfahren wollen,zum Infoaustausch und Koordination im ERKEL, DDachboden d. Kohlfurther 4,falls geräumt: Cafe Mainzer 5
20.00 Friedrichshain-Plenum
Kino im KOB FEMINALE NACHLESE 20.30 (NUR FRAUEN) +23.00 UHR

MO 20.8.
20.00 Gesamt-BesetzerInnen-Rat (Vertragsdiskussion), Brunnenstr.6/7

Di 21.8.
Kino im KOB FEMINALE NACHLESE 20.30 (NUR FRAUEN) +23.00 UHR

Mi 22.8.
19.00 Vorbereitungstreffen für die Mieten-Demo 15.9? , Schliemannstr.40
20.00 Mitte-Plenum
Kino im KOB 20.30 & 22.30 VIDEOS AUS ENGLAND, ZUM POLLTAX-RIOT + DEN KNASTREVOLTEN

Do 23.8.
20.00 Prenzelberg-Plenum im Red Pub, Kastanienallee 58
Kino im KOB 20.30 & 22.30 VIDEOS AUS ENGLAND, ZUM POLLTAX-RIOT + DEN KNASTREVOLTEN

Fr 24.8.
18.00 Mainzer Straßenfest Plenum im Infocafe M5
20.00 offenes Redaktionsplenum der BesetzerInnen Zeitung,Ort noch unklar

So 26.8.
Kino im KOB FEMINALE NACHLESE 20.30 (NUR FRAUEN) +23.00 UHR

Di 28.8.
Kino im KOB MANDELAS FREILASSUNG (SUEDA.90)+ FRUECHTE DES WIDERSTANDS 20.30 & 22.30

Fr 31.8.
20.00 Veranstaltung zu Ute und Holger,Gefangene aus dem Widerstand, die im Nov 89 in Husum verhaftet wurden im EX

---

in FRANKFURT

Do. 16.8.90	21.00h	VOLKSKÜCHE und Schlafplatzvermittlung In der Au 14-16, Ffm-Rödelheim (besetztes Haus)
Fr. 17.8.90	9.30h	GEMEINSAMER BESUCH IM "BÖRSEN-PROZESS" OLG-Frankfurt, Raum A146 (Durchsuchung, aber keine Ausweiskontrolle)
	ab 11.00h	PROZESSCAFE, Stoltzestr. 11
	ab 18.00h	ANTIFA-CAFE im "Exzess", Leibzigerstr. 91 mit Theaterstück zu Aussageverweigerung, Männerchor und Disco
	20.00h	TREFFEN VON INITIATIVEN UND GRUPPEN ZU PROZESSEN; Uns ist die gemeinsame Diskussion an den jeweiligen Erfahrungen und Vorstellungen wichtig. Alle entsprechenden Initiativen sind herzlich eingeladen Zentrum, Hinter der Schönen Aussicht 11a
	ab 21.00h	VOLKSKÜCHE + Schlafplatzvermittlung im Zentrum
Sa. 18.8.90	11.00h	FRÜHSTÜCK im "Cafe Exzess", Leipzigerstr. 91
	ab 13.00h	GRONNINGERINNEN (HOLLAND) INFORMIEREN ÜBER DIE RÄUMUNG EINES BESETZTEN HAUSES UND DIE DARAUS FOLGENDEN STAATSSCHUTZPROZESSE im "Cafe Exzess"

Spenden für die Veranstaltung an:
Sonderkonto "Volker Luley", PostGiro Ffm
Kontonummer: 16072-603

Kontakt: P r o z e ß i n f o c/o
Zentrum, Hinter der schönen Aussicht 11a,6 Frankfurt

WER RASSISMUS BEKÄMPFEN WILL, "DARF VOR SEXISMUS NICHT HALT MACHEN"

ZU DER NEUEN PLAKATREIHE DER ANTIFA-WESTBERLIN GEGEN DIE "AUSLÄNDER"-INNEN-GESETZE

wir haben in mehreren punkten kritik an der plakatreihe.
grundsätzlich finden wir es falsch, die auswirkungen der sondergesetze auf frauen in einem extraplakat abzuhandeln, wenn sexismus in den anderen (3!) plakaten kein thema ist. die schlußfolgerungdes roten (♀♀spezifischen) plakats: "wer vom kapitalismus redet, darf von männerherrschaft nicht schweigen" (+ überschrift:"wer rassismus...") verliert jede glaubwürdigkeit, wenn zum beispiel auf dem blauen plakat steht: "faschismus ist das ergebnis von nationalismus, chauvinismus und rassismus im dienste des kapitals". wenn die situation für frauen so isoliert dargestellt wird, hat das plakat schlichtweg alibi-funktion.
jetzt genauer zum plakat:

→ wenn ihr schreibt, daß es für ehefrauen kein eigenständiges aufenthaltsrecht gibt, setzt ihr voraus, daß ehefrauen immer finanziell abhängig sind und (im gegensatz zu ehemännern) nicht lohnarbeiten. (ehefrau = hausfrau und mutter ?!)

→ die konsequenz, daß ehefrauen in abhängigkeit vom mann gehalten werden, um für ihn verfügbar + verwertbar zu sein, ist verkürzt und geht als argument in die falsche richtung, wenn es so der "ausländische" ehemann ist, der aus ihrer speziellen diskrimipierung profitiert.

→ "wer rassismus bekämpfen will, darf vor sexismus nicht halt machen" - ist ja wohl ein faux pas sondergleichen; abgesehen von der freien interpretationsmöglichkeit (sexisten, bekämpft den rassismus!) - wer den zusammenhang von rassismus und sexismus begriffen hat, KANN !!! nicht gegen rassismus kämpfen, ohne dabei gleichzeitig gegen sexismus + patriarchat zu kämpfen.

zum begriff "ausländer":
durch den begriff "ausländer"/"ausländerin" werden menschen darüber definiert + gleichzeitig bewertet, in welchem staat sie oder ihre eltern geboren wurden und was für einen paß sie besitzten. wenn der begriff der vermittelbarkeit wegen benutzt wird, um vielleicht ein breiteres sprektrum zu erreichen, muß er in anführungsstrichen stehen.

und jetzt noch eine eher unsolidarische kritik zum bild auf dem gelben plakat:
also: das bild ist echt'ne zumutung, auf verschiedenen ebenen so (offensichtlich !?!) daneben, daß es bereits schwerfällt, die kritik in worte zu fassen.

1. in welchem zusammenhang stehen bild und text?
   zeigt das bild etwa die "verheizung als menschenmaterial", die "unterdrückung, entrechtung, versklavung", die "hetze" + und die "jagd" auf "ausländerInnen" ?
2. wen repräsentiert die frau? ist sie symbol einer rassistischen unterdrückerin?
   weiße deutsche ♀♀ profitieren von rassismus oder denken + handeln auch rassistisch. aber es ist total gefährlich, das bild der unterdrückerin/handlangerin zu entwerfen, ohne es in einen gesellschaftlichen kontext zu stellen.
3. was soll der mann links ausdrücken?
   abgesehen davon, daß er durch die art der darstellung zum objekt gemacht wird, reproduziert ihr damit genau eines der gängigen klischees "eines türken".
4. seid ihr eigentlich so blind, daß ihr die widersprüchlichkeit nicht seht: SIE soll unterdrückerin sein, ist im selben moment prototyp der netten krankenschwester (was sind das für frauenbilder !?!) und wirkt andererseits bedroht von dem mann rechts, der da so steht wie er da steht; wer verkörpert hier eigentlich macht?

in der konsequenz heißt das für uns: das plakat ist nicht klebbar.

♀♀



1987 steckten "Revolutionäre Viren" die Berliner Ausländerpolizeibehörde in der Torfstraße in Brand. Weil zahlreiche Akten verbrannten, wurde die Abschiebung vieler Flüchtlinge erfolgreich behindert.

1938:
nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung
1965:
BRD-Ausländergesetz
1990:
Verschärfung des Ausländergesetzes

Gesetzlich verordneter Rassismus in ungebrochener deutscher Tradition.

Weg mit den Sonder-gesetzen gegen Ausländer-Innen

Leben, als Mensch in Freiheit und Selbstbestimmung, solidarisch und gleichberechtigt, das ist unsere Sehnsucht. Wir pfeifen auf Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht. Was zählt, ist auf welcher Seite die Leute stehen: mit uns hier Unten, gegen Ausbeutung und Unterdrückung — oder bei denen da Oben, die uns angreifen. Sie wollen uns spalten und durch Nationalismus, Rassismus und Sondergesetze gegeneinander ausspielen.

Wehren wir uns!
Wenn Menschen sich da, wo sie leben und arbeiten zusammenschließen und gemeinsam für ihre Interessen kämpfen, kommen die Herrschenden damit nicht durch!

BLEIBERECHT FÜR ALLE

